

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 24

Berlin, den 15. Juni 1929

4. Jahrgang

Klassenkampf, Staat und Arbeiterschaft.

Als der junge, von unbändigem Tatendrang besetzte Karl Marx in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nach England kam, tobte dort der Klassenkampf der Arbeiter in unwürdiger Form. Das kapitalistische Zeitalter, das seinen Siegeslauf etwa um das Jahr 1760 begann und 1830 seine erste Epoche abschloß, erzeugte Zustände, die die Weltgeschichte bis dahin noch nicht erlebt. Im rasenden Tempo zerstörte die Maschine die mittelalterliche Welt. Der Kunstfelle wurde vom „freien Lohnarbeiter“ abgelöst. Die Fabrikarbeit zwang die Arbeiter auf engem Raum zusammen. Kinder im jüngsten Alter wurden mit der Mutter im Fabrikbetrieb schamloserweise ausgebeutet. Die Arbeitsschulungserziehung war über schwächere Veruche nicht hinausgekommen. Die Gewerkschaftsbewegung stockte, trotzdem ihre Anfänge bis ins achtzehnte Jahrhundert reichen, noch arg in den Kinderschuhen. Von wissenschaftlich aufgebauten Kampfmethoden keine Spur. Der Tarifvertrag war unbekannt, bürgerte sich erst 1860 ein. Es gab keine geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Not und Elend kannten keine Grenzen. Das Brot wurde immer teurer. Der Freihandel, der für England nach 1847 eine beispiellose Prosperität brachte, war noch nicht eingeführt. Daneben debatierte sich die kapitalistische Ordnung der Dinge mehr und mehr aus. Eisenbahnen und Telegraphie revolutionierten den Verkehr, schufen die Grundlage für die moderne Großstadt, vermehrten die Armut. Es erscholl der Ruf: Je mehr Fabriken, je mehr Armut!

Das war die Zeit des rohen und spontanen Massenkampfes. Die revolutionäre Periode stand in der Wüste. 1842 brachte den ersten großen Massenstreik, den die Chartisten über das ganze Land zum Generalstreik ausdehnen wollten. Die Ursache des Streiks war rein wirtschaftlicher Natur, die Arbeiter der Textilindustrie verlangten den „Lohn von 1840“. Leider versuchte man, die junge Bewegung für politische Zwecke zu mißbrauchen. Die Chartisten glaubten den Augenblick für gekommen durch die Streikbewegung, die doch eine reine Lohnbewegung war, Forderungen der politischen Demokratie zum Durchbruch zu bringen; sie verlangten, den Streik so lange zu führen, bis das Parlament „die Charte zum Gesetz erhoben habe“. Bei der Charte aber handelte es sich um Forderungen, wie: allgemeines Wahlrecht, parlamentarische Reformen usw., also politische Forderungen. So entstand ein Zwiespalt zwischen politischer und wirtschaftlicher Arbeiterbewegung. Sehr bald merkten anwachsende Gewerkschaften, daß es an Wahnsinn grenze, ausgerechnete Arbeiter aufzufordern, im Streik zu verharren, bis die gesamte politische Struktur des Landes von Grund auf umgemodelt sei. Eine ganze Reihe von Gewerkschaften machten ihrem Verlangen in Protestrevolitionen Luft. Vezichnenderweise entstand auch in dieser Periode die Neutralitätsbewegung der Gewerkschaften. Bald nahmen alle Verbände den Rufsatz in die Statuten auf: No sect, no politics. (Neutralität in religiösen und politischen Dingen.) Seit dem Bestehen der Arbeiterpartei ist die Neutralitätspolitik fallen gelassen worden.

Nach dem verunglückten Streik von 1842 kam es zu einer engeren Verbindung zwischen Chartisten und Gewerkschaftsbewegung, was den Zusammenbruch der ersten englischen politischen Arbeiterbewegung zur Folge hatte. Allerdings wäre es falsch, diese geschichtliche Phase der englischen Arbeiterbewegung so darzustellen zu wollen, als sei sie das Resultat dieser Zwiespalt, wenn auch ihr Einfluß auf die Entwicklung durchaus kein geringer war. Ihr Ende erreichte die englische revolutionäre Periode 1846—1847 durch zwei gesetzliche Maßnahmen von weittragender Bedeutung: 1846 wurde der Freihandel eingeführt und 1847 der Achtstundentag, der das Parlament seit 1841 beschließt hatte. Niemand hat diese gewaltige Veränderung der gesamten englischen Wirtschaftslage besser gekennzeichnet, als Karl Marx, der 1864 schrieb:

„Dieser Kampf um die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, als er nicht nur ein Schreden für die Fabrikant war, sondern auch ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gier über Angebot und Nachfrage, welche die politische Ökonomie der Bourgeoisie ausmacht und der durch soziale Härteren geregelten sozialen Produktion, dem Inbegriff der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Und deshalb war das Achtstundentagegesetz nicht bloß ein praktischer Erfolg, es war der Sieg eines Prinzips: zum ersten Mal unterlag die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“

Dies zu häufig wird es verlesen, daß Marx hier die „reformistischen Bestrebungen“ der englischen Gewerkschaften verurteilt. Wie Sidney Webb in seiner Geschichte des britischen Tradeunionismus schreibt, endet die „revolutionäre Periode“ der englischen Arbeiter genau um dieselbe Zeit, als im übrigen Europa die Revolution von 1848 ausbrach. In England entstand in dieser Zeit die „industrielle Epoche“, wie Sidney Webb so bezeichnend schreibt. Bezüglich dieser Epoche ist es auch wichtig, im Auge zu behalten, daß ihre Einführung Kämpfe kostete. Und doch „unter welcher ganz anderen Voraussetzungen wurden die Kämpfe in der Zeit von 1864 bis 1875, wo die Tradeunions die volle Koalitionsfreiheit erlangen, im Vergleich zu denjenigen von 1830 bis 1847, geführt. Es wird leider noch immer zu wenig berücksichtigt, daß dieser zeitliche Umschwung — bei Marx deutlich erkennbar ist. Zum Beweis hierfür verleihe man das „kommunistische Manifest“ von 1847 mit der „Anfangsadresse der Internationalen Arbeiterassoziation“ von 1864. Und dabei befindet sich die Tradeunionbewegung 1864 erst am Anfang der neuen Entwicklung. Das Wesen des Tarifvertrages wurde eigentlich erst nach 1864 erkannt. Noch viel mehr als beim Achtstundentagegesetz ailt hier das Marx-Wort, denn gerade beim Tarifvertrag handelt es sich um „einen direkten Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gier über Angebot und Nachfrage.“

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung des Staates. Bis 1846 wurde die Aufgabe des Staates noch sehr verschiedenartig beurteilt. Die wahre Aufgabe des Staates war noch nicht erkannt. Schwärmen die liberalen Freiheitsadvokaten für die „volle Freiheit des Individuums“, so lebten die Sozialisten jener Epoche den Staat einisch als „schlecht“ ab. Im Staat sah man „eine spezifische Macht der Repression“. Auch Marx

Die Arbeitslosenversicherung, das Kampfobjekt.

Im Kampf für und gegen die Arbeitslosenversicherung rückt die Entscheidung immer näher. Die schon monatelang öffentlich geführten Auseinandersetzungen werden fortgesetzt. In den letzten Wochen bekamen sie dadurch wieder besondere Bedeutung, weil Kreise und Personen zu dem Problem Stellung nahmen, die die endgültige Lösung des für und Wider in der Hand haben. In erster Linie ist das die Sozialdemokratische Partei zu nennen, die kürzlich auf ihrem Parteitag in Magdeburg im Beisein der von ihr gestellten Reichsminister deutlich ihre Stellungnahme zur Arbeitslosenversicherung bekanntgab. Dort wurde als Gesamtmeinung zum Ausdruck gebracht, daß der sozialreaktionäre Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung abgewehrt werden muß und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an dem Sinn des Gesetzes und an seinen Grundsätzen nichts ändern lassen wird.

Diese Stellungnahme der größten Partei Deutschlands, die die Wahlung des größten Koalitionspartners in der Reichsregierung blieb nicht unbeachtet in der Öffentlichkeit. Die Sozialdemokratische Partei zeigte mit Unterstützung der freien Gewerkschaften die Linie, die einzuhalten ist. Sonderlicherweise nahm der volksparteiliche Minister Dr. Curtius Anlaß, im Reichstag als Minister zu der Arbeitslosenversicherung zu sprechen. Er erklärte diese Einrichtung für einen großen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, aber heute stehe schon fest, daß dabei Gerechtigkeit, Verwaltung und Finanzen überspannt seien, auch seien Schäden der Arbeitsmoral eingetreten. Es müsse eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden, und dabei dürfe auch der Kreis der Versicherungspflichtigen nicht unangekündigt gelassen werden. Noch weniger könne diese Reform mit Beitragserhöhungen begonnen werden.

Der Standpunkt des Reichswirtschaftsministers ist nicht etwa der der Reichsregierung und steht dem der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften direkt entgegen. Er zeigt auch, daß Herr Curtius der Sozialreaktion bündel entgegenkam, er bekannte sich dadurch auch zu ihr und machte sich als Minister zu ihrem Sprecher. Wir halten das für nicht besonders klug in einer Zeit, in der eine tragbare Lösung gesucht und gefunden werden muß und nachdem eine sozialdemokratische Regierungskollegen das Gegenteil bekundet haben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm auch gleich die Gelegenheit beim Schopfe und erklärte zu lassen, daß sie bereit ist, einer notwendigen und begründeten Beitragserhöhung zuzustimmen, ferner nachweislich bestehende Mißstände zu beseitigen, daß sie aber die Fortführung der Sonderfürsorge bei herunfallender Arbeitslosigkeit verlangt. Die Behauptung „von den schweren Schäden der Arbeitsmoral“ wies sie entschieden zurück. Und mit Recht ließ sie darauf aufmerksam machen, daß die 2½ Millionen Arbeitslosen im letzten Winter viele Monate schwerste Notlage und alle damit verbundenen Leiden geduldet ertragen haben, während andere persönlich gar nicht notleidende Kreise Gewaltakte begingen und Finanzämter stürzten.

und Engels übernahmen diesen Gedanken in ihre Theorie. So kam das „kommunistische Manifest“ zu der Schlussfolgerung: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ Auch noch später betrachtete Engels den „Staat als eine organisierte Maschine für die Unterdrückung einer Klasse durch die andere.“

Die deutsche Arbeiterklasse hat dieser Ansicht allerdings in der Praxis nie abgetreten. In politischer Hinsicht folgte sie den Mahnwörtern Ferdinand Lassalles, der in der Ergründung des demokratischen Volksstaates das Hauptziel erblickte. Zur selbigen Zeit, als Lassalles öffentliche Mission begann, erschien auch die Finanzkrise, die so begeistert von den gesetzlichen Siegen der englischen Arbeiterklasse sprach. Zwischen 1847 und 1864 liegt eben eine gewaltige Entwicklung. Aus dem Staat als Instrument zur Unterdrückung der Arbeiter war der Staat der Arbeitssicherung und der „sozialen Fürsorge“, wie Marx sich ausdrückt, entstanden.

Zwischen 1864 und heute liegt aber eine weitere große Entwicklung, die auf die Gestaltung des Staates nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Ganz im Gegenteil merken wir, wie sich der Staat mehr und mehr bemüht, in den Gang der ökonomischen Dinge einzugreifen. Die „politische Ökonomie der Bourgeoisie“ steht in fortwährendem Kampfe mit der „politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“. Da aber dieser Kampf sich darum dreht, Gerechtigkeit um Wohle der Arbeiterklasse zu schaffen, so wird der Klassenkampf heute mit ganz anderen Mitteln geführt, als zur Zeit, als Karl Marx das kommunistische Manifest schrieb. Die organisierte Arbeiterklasse leht den Staat zu sich nicht ab, sie will den sozialen Volksstaat als Mittel zu ihrer Befreiung. Mit Marx sagen wir: „Ein Element des Erfolges heißt die Arbeiterklasse — Zahlen. Aber Zahlen wiegen nur schwer, wenn sie durch ein Bündnis vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden.“ Bei unseren Kämpfen zur Erringung des sozialen Volksstaates verassen gar viele unserer Kollegen, die glauben „marxistisch“ zu sein, die Worte von Karl Marx: „Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziele strebenden Versuche sind bisher gescheitert am Mangel von Einheit zwischen den Arbeitern.“ Gerade jetzt ist der Moment, da diese Marx-Worte beherzigt werden sollten. „Die alte Propaganda des klassischen Liberalismus, die im „alles gehen lassen“ des Manchesterismus landete und aus der auch die Sozialisten jener Zeit zum Teil aus ihre Weisheit schöpften, ist dahin, weshalb auch die Arbeiterschaft dem Staat gegenüber ganz anders eingestellt ist als früher. Deshalb wird auch der Klassenkampf unter ganz anderen Bedingungen ausgedacht als das in der Frühzeit der Arbeiterbewegung möglich war.“

Der Reichstag entscheidet also bald über ein für die Arbeiterschaft ungeheuer wichtiges Problem. Um dieses für die Arbeiterklasse viel besser, wenn alle Arbeiter bei den politischen Wahlen der Volksvertretung die zahlenmäßige Stärke geben würden, die zur Erledigung brennender Zeitfragen für die Arbeiterschaft notwendig wäre. Die Arbeiterwähler hätten die zahlenmäßige Stärke, nur wenden sie sie bei den Wahlen nicht richtig an. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung lehrt wieder einmal, daß die Arbeiterschaft bei politischen Wahlen mehr erkennt, worum es geht, nämlich um ihr persönliches Wohl und Wehe besonders in Notzeiten.

Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung.

In Eisenach wurde zwei Tage vor Pfingsten eine sozialistische Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung gegründet. Der Gedanke einer solchen Vereinigung ist hervorgegangen aus der Ueberzeugung, daß eine große Reihe von Problemen der Volkswirtschaft und der Soziologie, die für die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik von der größten praktischen Bedeutung sind, der Bearbeitung durch die Zusammenfassung wissenschaftlicher Kräfte harret. In der Sitzung wird der Zweck der Vereinigung folgendermaßen umschrieben: „Der Zweck der Vereinigung ist die Förderung der Forschung auf den Gebieten der Sozialökonomie und der Soziologie, der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik, des Wirtschafts- und Sozialrechts, die Verbreitung von Forschungs-ergebnissen durch gedruckte Veröffentlichungen, Vorträge und öffentliche Tagungen. Insbesondere sollen Probleme der Gegenwart, die mit dem Kampf der Arbeiterklasse und der Entwicklung zum Sozialismus im Zusammenhang stehen, durch Gemeinschaftsarbeiten unter der Leitung von Gruppen der Vereinigung geklärt werden.“

Es wurde ein Vorstand gewählt, der aus 15 Personen besteht. Vorsitzender desselben ist der Kollege Erik Tarnow. Als stellvertretende Vorsitzende fungieren Dr. Karl Renner, Wien, und Prof. Dr. Lederer, Heidelberg. Schriftführer ist der Genosse Erik Daphtali und Kassierer Ernst Kahn, Frankfurt/Main. Auch von den Gewerkschaften kann diese Vereinigung warm begrüßt werden. Denn liegen die Dinge so, daß der Gewerkschaftspraktiker auf vielen Gebieten aus theoretischen Unterlagen keine Belehrung schöpfen kann. Er ist in seiner Praxis auf sich selbst angewiesen. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, des Tarifrechts, der Wirtschaftsdemokratie, der Gemeinwirtschaft usw. sind die Gewerkschaften in der Praxis weit über das hinaus, was als theoretischer Niederschlag langjähriger Forschungen vorhanden ist. Die marxistische Theorie in allen ihren, aber für den praktischen Gewerkschaftskampf ist sie nur noch in wenigen Teilen brauchbar. Hinzu kommt noch, daß die bürgertlichen Wissenschaftler, die sonst sozialpolitisch den Forderungen der Arbeiterklasse freundschaftlich gegenüberstanden, sich weit von ihr entfernt haben. Es war deshalb ein Gebot der Klugheit, in der oben genannten Vereinigung eine neue Plattform zu finden, von wo aus die praktische Arbeiterbewegung theoretisch befruchtet werden kann. Theoretiker und Praktiker arbeiten dort eng zusammen. Wir sehen den Forschungsergebnissen dieser Vereinigung mit großem Interesse entgegen.

Das Verbandsjahr 1928.

II. Das Finanzwesen.

Die Betrachtung des Finanzwesens einer Arbeitnehmerorganisation kann über die Stärke und über die Gesundheit der Organisation ebenso wertvolle Aufschlüsse geben, wie die Darstellung der Mitgliederbewegung. Noch sind die freien Arbeitnehmerverbände Kampforganisationen, die ihren Zielen nur dann erfolgreich nachstreben können, wenn sie nicht nur stark an Mitgliedern, sondern auch an finanziellen Mitteln sind. Die Organisationen der Arbeitgeber haben es wesentlich leichter, sich gefüllte Kassen zu verschaffen. Die wirtschaftliche Stärke ihrer einzelnen Mitglieder ermöglicht ihnen die Zahlung eines hohen Beitrages, der die Abwehrorganisationen der Unternehmer finanziell bedeutend stärkt. Den Arbeitnehmern wird es bei ihrem ohnehin verhältnismäßig niedrigen Lohn meist viel schwerer, die Kriegskosten für die Kämpfe anzubringen, die ihre Organisationen führen müssen, um Verschlechterungen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft abzuwehren und Verbesserungen durchzusetzen. Dazu kommen dann ja auch noch die vielfachen Unterhaltungsansprüche der Mitglieder, die ebenfalls befriedigt werden müssen. Es ist also durchaus berechtigt, wenn stets darauf hingewiesen wird, daß die Gewerkschaften stark an Mitgliedern und an finanziellen Mitteln sein müssen, um im Wirtschaftsleben, das oft ein Wirtschaftskampf ist, ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Sehen wir uns daraufhin das Finanzwesen unseres Verbandes an, so können wir die erfreuliche Tatsache feststellen, daß die finanziellen Kräfte unseres Verbandes mit der Steigerung der Mitgliederzahlen gleichen Schritt gehalten haben. Das zeigt sich schon in den wenigen Zahlen der folgenden Tabelle:

	1927 RM.	1928 RM.
Kassenbestand vom Vorjahre	651 775,12	2 551 585,96
Einnahmen aus Beiträgen	14 373 097,25	18 328 185,59
Sonstige Einnahmen	962 503,18	1 791 576,49
	15 987 375,55	22 671 348,04

Wir hatten im Jahre 1928 eine Mitgliederzunahme von über 54 000. Die Mehreinnäge an Beiträgen machen fast vier Millionen Reichsmark aus. Das ist ein zufriedenstellendes Er-

gebnis, wenn man bedenkt, wieviel Mitglieder im verfloßenen Jahre arbeitslos oder arbeitsunfähig gewesen sind. Im vorhergehenden Artikel wurde das durch einige Zahlen festgestellt. Es ist ein glänzendes Zeugnis für die Einsicht, die unsere Mitglieder für die elementaren gewerkschaftlichen Notwendigkeiten bewiesen haben, daß trotz der wesentlich schlechteren Wirtschaftslage des Jahres 1928 eine erhebliche finanzielle Stärkung unseres Verbandes stattgefunden hat. Die Mehreinnahmen des Jahres 1928 gegenüber 1927 betragen über 6 1/2 Millionen Reichsmark, von 1926 bis 1927 stiegen die Einnahmen nur um rund 4 1/2 Millionen Reichsmark. Allerdings war der Kassenbestand, den wir aus dem Jahre 1927 mit in das neue Jahr hinübernehmen konnten, ganz bedeutend größer als zu Anfang des Jahres 1927. Immerhin ist das finanzielle Ergebnis des Jahres 1928 befriedigend. Das hat gewiß zu dem günstigen Ausgang der meisten Lohnbewegungen in diesem Frühjahr nicht wenig beigetragen, denn die Arbeitgeber, denen ja nicht nur die Mitgliederzahlen unserer Organisation bekannt sind, haben sich bei den Lohn- und Tarifverhandlungen ganz entschieden auch von der Rücksicht auf unsere Kassenverhältnisse leiten lassen.

Wir haben im ersten Artikel gezeigt, daß die Mitgliederzunahme 1928 erheblich größer war, als im wirtschaftlich günstigeren Jahre 1927. Da kommt also die im allgemeinen schlechtere Konjunktur des Jahres 1928, die besonders im zweiten Halbjahr in die Erscheinung trat, nicht so sehr zum Ausdruck. Sie wird aber sehr deutlich, wenn man die Ausgaben für Unterstüßungszwecke ansieht.

Es wurden ausgegeben:

für Unterstüßungen:	1927 RM.	1928 RM.
An Reisende	6 233,15	8 450,40
An Arbeitslose	1 263 186,45	2 150 603,28
An Kranke	2 124 433,66	2 838 483,71
Rechtschutz	26 783,06	33 031,34
Umzugsgeld	48 566,45	44 711,20
Kostlagenunterstüßung	35 353,70	22 893,85
Sterbegeld	256 664,35	295 625,72
Gemahregeltenunterstüßung	16 849,50	20 395,77
Streikunterstüßung	810 045,31	1 181 292,73
	4 528 125,63	6 595 688,00

Die Tabelle zeigt, daß im Jahre 1928 über 2 Millionen Reichsmark mehr für Unterstüßungen aller Art ausgegeben wurden als im Jahre 1927. Gewiß steigen bei größerer Mitgliederzahl auch die Ansprüche an die Unterstüßungseinrichtungen des Verbandes. Aber wir hatten im Jahre 1927 auch eine Mitgliederzunahme von über 47 000, und doch war die für Unterstüßungen ausgegebene Summe im Jahre 1927 geringer als 1926. Wir beobachten bei fast allen Unterstüßungsarten im Jahre 1928 gegen das Vorjahr ganz erhebliche gesteigerte Ausgaben. Nur die Aufwendungen für Umzugsgeld und für Kostlagenunterstüßung bleiben etwas hinter den Ausgaben im Jahre 1927 zurück. Dagegen erforderten die Unterstüßungen an Arbeitslose rund 950 000 RM mehr, ein deutlicher Beweis dafür, daß die Mitglieder unseres Verbandes unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit ziemlich stark gelitten haben. Im Jahre 1926 waren die Ausgaben für Arbeitslosenunterstüßung allerdings noch höher. An Kranke Mitglieder mußten im letzten Jahre ebenfalls über 700 000 RM mehr gezahlt werden als 1927. Auch für Rechtschutz unserer Kollegen mußte ein verhältnismäßig stark gesteigerter Beitrag aufgebracht werden. Ebenfalls machten die Unterstüßungen an gemahregelte Kollegen eine erhöhte Ausgabe nötig. Bei der schlechteren Konjunktur glaubten die Unternehmer wieder aggressiver vorgehen zu können. Der Verlauf der aus Maßregelungsgründen angehängten Klagen büßte sie allerdings befehligen haben, daß sie die Entwicklung unserer Organisation nicht durch Entlassung von Funktionären hemmen können, noch mehr ist aber die Gesamtentwicklung unseres Verbandes ein Beweis dafür, daß die Unternehmer mit dieser Kleinlichen Politik keine Vorbeeren ernten können. Es sind ja auch immer nur einzelne Unternehmer, die auf diese Weise das Rad der Zeit zurückstellen versuchen. Im Vergleich zu der Gesamtsumme, die für Unterstüßungen ausgegeben wurde, sind die Anwendungen für Gemahregeltenunterstüßung gering.

Die Streikunterstüßungen erforderten etwa 370 000 RM mehr als im Jahre 1927. Das ist angesichts der günstigen Ergebnisse der Lohnbewegungen im Jahre 1928 keine übermäßige Steigerung. Von 1926 zu 1927 stiegen die Ausgaben für Streikunterstüßungen um rund 800 000 RM. Immerhin kommt in den Zahlen der Streikunterstüßungen die Aktivität unserer Organisation und ihr beständiges Ringen um die Verbesserung der Lebenshaltung seiner Mitglieder deutlich zum Ausdruck.

Im allgemeinen zeigt die Tabelle, daß mehr als der dritte Teil der von den Mitgliedern angebrachten Beiträge in der Form irgendeiner Unterstüßung direkt an die Mitglieder wieder zurückgeflossen ist.

Die folgende Aufstellung ermöglicht einen Überblick über die Verteilung der Gesamtausgaben im Vergleich zum Jahre 1927:

	1927 RM.	1928 RM.
für Unterstüßungen aller Art	4 528 125,63	6 595 688,00
Als Anteil der Zahlstellen	4 667 524,11	6 024 575,33
An die Hausleitungen	568 483,70	626 664,55
Druck- und Versandkosten des „Proletariats“	223 083,92	296 299,66
Für das Schulwesen	205 155,46	144 004
Für Arbeiter und Versicherungsbeiträge	361 646,73	438 895,76
Ganzabgaben für Sitzungen, Redaktionen, Konferenzen und Tarifverhandlungen	102 359,55	92 489,94
Druckkosten und Buchbindarbeiten	125 215,69	134 882,15
Veranstaltungen, Möbel, Materialien, Licht, Heizung, Schreib- und Rechenmaschinen, Versand und Packmaterial	70 489,99	99 117,38
Für Hausfrauen, Wäcker u. d. d. d. d.	24 764,31	50 790,35
Für Verwaltung, Zinsen, Rücklagen, Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen	771 631,66	1 167 900,06
Für Porto, Telefon und sonstige Gebühren	19 427,61	22 690,71
Für Streifenwagen und Kraftwagenbedarf	—	47 516,31
Konten an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und internationale Verbände	90 919,61	97 787,29
anderer Sonderausgaben	390 000,00	507 000,00
an Ausgaben	125 000,00	60 511,62
an Vermögenswerten	1 283 625,19	2 523 401,84
Kassenbestand 1. April	2 351 555,96	3 700 764,73
	15 967 975,55	22 671 317,74

Die Anteile der Zahlstellen sind entsprechend der gesteigerten Beitragsleistung um mehr als 1/4 Million Reichsmark gestiegen. Druck- und Versandkosten des „Proletariats“ beantragten 1928 rund 70 000 RM mehr, in denen größere Aufwände, erhöhte Materialkosten zum Ausdruck kommen. Gefunken sind die Ausgaben für das Schulwesen. Das hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß in den 200 000 RM des Jahres 1927 auch viele einmalige Ausgaben für das Schulheim Wenningen enthalten sind, die im letzten Jahre nicht mehr nötig waren. Sieht man von diesen einmaligen Ausgaben ab, so ergibt sich im Gegenteil eine Steigerung der Ausgaben für Bildungszwecke, und das ist auch notwendig. Vor allem ist es auch fruchtbar angelegtes Kapital, und ein großer Teil der im Jahre 1928 erzielten Mitgliederzunahmen ist sicher auf die Werbetätigkeit der in der Wenninger Schule herangebildeten Funktionäre zurückzuführen.

Erheblich höhere Mittel mußten für Verwaltung, für Zuschuß, Rückzahlung und Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen aufgewandt werden. Viele Zahlstellen haben für ihre Verwaltungsräume eigene Häuser erwerben müssen, dafür gab die Hauptkasse in manchen Fällen Darlehen und Zuschüsse.

Die „sonstigen Ausgaben“ sind im Jahre 1928 bedeutend höher gewesen als im Jahre vorher. Das kommt daher, weil in den 80 814,82 RM für 1928, auch die Kosten für den Verbandstag und die Delegationskosten für den Gewerkschaftskongress mit einbegriffen sind, die 76 811,07 RM ausmachten. Dem Vermögensbestand konnten 2 523 401,84 RM zugeführt werden, fast doppelt so viel als im Jahre 1927. Ebenso ist der Kassenbestand am Schlusse des 4. Quartals 1928 um mehr als 1 Million Reichsmark größer als am Schlusse des Jahres 1927.

Ob das Jahr 1929 mehr wirtschaftlichen Sonnenschein bringen wird, als das verfloßene Jahr, wissen wir noch nicht. Eines aber wissen wir, daß unsere Organisation so festgefügt und so gesund in ihrem Aufbau ist, daß politische und wirtschaftliche Stürme sie wohl erschüttern, aber nicht ihren Aufstieg auf die Dauer zu hemmen vermögen. Die steigenden Mitgliederzahlen, die gesunden Finanzen unseres Verbandes geben uns die Sicherheit, daß es weiter vorwärts und aufwärts mit unserem Verbandsgehen wird. Der Einfluß der Elemente, die berufsmäßig Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft tragen und wohl Siegesparolen ausgeben, sie aber nicht in die Wirklichkeit umzusetzen vermögen, wird von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag geringer in unserer Organisation. In gleichem Maße wächst unsere Schlagkraft, wächst unsere Bedeutung in Staat und Wirtschaft. Wir werden in unserer Arbeit nicht erlahmen, bis wir unser Ziel erreicht haben, der Arbeiterschaft den führenden Platz zu erobern, der ihr infolge ihres Wertes und ihrer Bedeutung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gebührt. Das Jahr 1928 hat uns diesem Ziele um ein gutes Stück näher gebracht. Bleiben Wille und Eifer der Mitglieder und Funktionäre so stark wie im verfloßenen Jahre, dann ist der weitere Aufstieg des Verbandes der Arbeiter Deutschlands gesichert. Die Sache der Arbeiterschaft ist bei ihm guten Händen anvertraut.

Arbeiterinnensekretariatsbericht vom Jahre 1928.

Die Werbetätigkeit unter den arbeitenden Frauen und Mädchen in unserem Organisationsbereich hat im Jahre 1928 wesentliche Fortschritte gezeitigt. Das zeigt schon die Zunahme der Zahl unserer weiblichen Mitglieder um mehr als 10 000 im Laufe des Jahres. Weit über 100 000 Arbeiterinnen aus den uns zustehenden Betrieben stehen aber noch abseits, und es gilt, diese große Kraftquelle dem wirtschaftlichen und proletarischen Emanzipationsstreben zu erschließen, also dem Gewerkschaftskampf nutzbar zu machen.

Das Arbeiterinnensekretariat des Verbandes hat es an der nötigen Unterstüßung in der Frauenagitation nicht fehlen lassen. 102 Versammlungen, größtenteils Frauenerwerbungsversammlungen, haben stattgefunden, in denen die besonderen Arbeiterinnenfragen erörtert wurden. Es fanden außerdem drei Gau-Frauenkonferenzen und eine Frauenkonferenz für das Zahlstellengebiet Hirschberg statt. Für die Funktionäre und Funktionärinnen des Verbandes wurden Richtlinien zur Belebung der Frauenagitation herausgegeben, ebenso für die Kunstleider- und Konföderationsarbeiterinnen besondere Flugblätter, die große Verbreitung fanden. Zur Förderung der weiteren Werbetätigkeit dient die entsprechende Auswertung wichtiger aktueller Arbeiterinnenfragen im „Proletarier“ und im „Keramischen Bund“.

Das Streben der Kolleginnen nach Bildung und Wissen kam in den Versammlungen und Konferenzen erfreulicherweise oft zum Ausdruck. So wurde auf der Konferenz im Gau Ludwigschan beschlossen, in allen Zahlstellen des Gaus Arbeiterinnen-Agitationskommissionen zu bilden, aus der eine aktionsfähige Gau-Arbeiterinnen-Agitationskommission zusammengefasst werden soll. Ebenfalls stellten die Kolleginnen dort einen Antrag, wonach die Zahlstellen Frauenbildungskurse für ihre tätigen Kolleginnen arrangieren sollen mit Themen wie: Arbeiterinnenjahre, Gewerkschaften und sonstigen wichtigen Arbeiterinnenfragen. Gewiß bedeutet die Bildung von Kommissionen allein nicht schon den gewünschten Erfolg. — Auf der Konferenz in Hirschberg wünschten die Kolleginnen schon nachdrücklich mehr Frauerversammlungen, und zwar mindestens eine Versammlung monatlich in Orten mit einer größeren Arbeiterinnenzahl. Ähnliche Wünsche wurden auch in verschiedenen anderen Versammlungen zum Ausdruck gebracht.

Der Gesundheitszustand der erwerbstätigen Frauen steht bei den Männern beträchtlich nach. Die Schnelligkeit, Intensität und Einseitigkeit in der heutigen Wirtschaftsweise wirkt sich auf den Körper der Frau besonders nachteilig aus. An dieser Stelle braucht nicht näher auf die Art der Schädigungen eingegangen zu werden. Auf dem Frankfurter Kongress in Breslau wurde an Hand einer Statistik festgestellt, daß die durchschnittliche Krankheitsdauer bei weiblichen Versicherten beträchtlich höher ist als bei männlichen Versicherten. Ebenso ist es mit der Krankheitszahl. Es ist deshalb unsere Aufgabe, über die wichtigen Arbeiterinnenschutzbestimmungen weitestgehende Aufklärung zu verbreiten. Im Laufe des Berichtsjahres gelangte eine Broschüre von Friedrich Klees über „Mutterchutz und Mutterschaftsversicherung“ kostenlos an unsere Funktionärinnen zur Verteilung. Wiederholt ist auch im „Proletarier“ und im „Keramischen Bund“ auf diese wichtigen Bestimmungen hingewiesen worden. Die Jahresversammlung der Deutschen Gewerkschaft für Gewerbehygiene, die am 11. und 12. September 1928 in Dresden tagte und sich an einem Tage in fünf Abschnitten mit der Frauenfrage beschäftigte, wurde durch den Hauptvorstand ebenfalls besucht und die dort gemachten Erfahrungen im Interesse der Kolleginnen ausgewertet.

Die Mitarbeit der Frau im Betriebsrat läßt im allgemeinen noch sehr viel zu wünschen übrig. Bisher sind

Betriebe mit überwiegend weiblichen Beschäftigten ohne geschlechtliche Betriebsvertretung, oder die Kolleginnen sind stark in der Minderheit, z. T. auch gar nicht vertreten. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In den Zahlstellenleitungen und in den Betrieben muß unbedingt dahin gearbeitet werden, daß die Kolleginnen mehr zur Betriebsrätetätigkeit bereit sind. Zahlreiche Fälle beweisen die Fähigkeit der Kolleginnen zu verantwortungsvoller Mitarbeit, und es wäre gewerkschaftsschädigend, wollte man tüchtigen Kolleginnen zur Mitarbeit keine Gelegenheiten geben. Besonders die mannigfaltigen Arbeiterinnenfragen erfordern größere Tatkraft der Kolleginnen. Erwähnt sei hier der Mutterchutz im Betrieb. In diesen Betrieben werden wichtige Bestimmungen zum Schutze für Mutter und Kind nicht genügend beachtet. Und die Kollegin, die sich viel besser in das Seelenleben ihrer Mitkollegin hineinzudenken vermag als der Kollege, sollte hier den Vorrang haben. Aber auch zu allen anderen betrieblichen Angelegenheiten muß die Kollegin Stellung nehmen können. Eine Kundfrage über die Betriebsrätewahlen im Jahre 1928 hat ergeben, daß bei den Neuwahlen in 9814 uns zuständigen Betrieben mit 581 495 über 18 Jahre alten männlichen und 173 393 über 18 Jahre alten weiblichen Beschäftigten 23 005 Kollegen und nur 1616 Kolleginnen gewählt wurden. Diese Zahlen entsprechen nicht dem Beschäftigungsverhältnis von Männern und Frauen. Und gerade weil die Frauen noch bedeutend mehr der rücksichtslosen Ausbeutung, größten Unfallgefahren und obenrein noch der Mißachtung ausgesetzt sind, sollten sie sich selbst verteidigen lernen und in den Betriebsräten vertreten sein.

An den Bildungskursen unseres Verbandes in Wenningen beteiligten sich 40 Kolleginnen. Zur Wirtschaftsschule in Düsseldorf wurde eine Kollegin delegiert, und am Fernunterricht zur Teilnahme an einem Kursus der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. nahm auch eine Kollegin teil. Aber die Beteiligung der Kolleginnen an den gewerkschaftlichen Bildungskursen muß noch besser werden. Wir brauchen tüchtige Funktionärinnen in den Betrieben. Und gerade der Mangel an Kenntnissen der wichtigsten wirtschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen hindert oft die Kolleginnen an der tatkräftigen Mitarbeit. Deshalb auch die Bitte mancher Kollegin um Material. Der Hauptvorstand berücksichtigt diese Wünsche weitgehend. An der steigenden Auflage der gewerkschaftlichen Frauenzeitung, die ebenfalls an Kolleginnen allmonatlich vom Verband geliefert wird, ist auch zu erkennen, daß die Zahl der interessierten Kolleginnen und Mitarbeiterinnen ständig im Steigen begriffen ist. Ende Dezember gingen 6500 Exemplare an unsere weiblichen Mitglieder.

Zum Verbandstag nach Hamburg waren sechs Kolleginnen delegiert, darunter vier Kolleginnen aus den Zahlstellen und zwei Kolleginnen als Vertreter des Hauptvorstandes. Den Bemühungen des Hauptvorstandes, dahingehend, daß größere Zahlstellen mit drei und vier Delegierten möglichst eine Kollegin delegieren sollten, wurde nur in drei Fällen Rechnung getragen, obgleich es an tüchtigen Kolleginnen auch in anderen Zahlstellen nicht mangelte.

Zum Lohnproblem ist zu bemerken, daß wesentliche Veränderungen in der Differenz zwischen Frauenlöhnen und Männerlöhnen leider nicht festgestellt werden können. Die Frauenlöhne betragen im Durchschnitt in fast allen Industrien nur zwei Drittel der Männerlöhne, trotzdem die Frauen vielfach mit derselben Arbeit beschäftigt werden wie die Männer. Es ist eine noch zu lösende Aufgabe der Organisation, auf eine Verringerung der Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen hinzuwirken. Wiederholt kamen solche Wünsche in Frauerversammlungen und Konferenzen durch die Kolleginnen zum Ausdruck. Die Tatsache, daß die Frauenerwerbsarbeit heute im volkswirtschaftlichen Leben eine bedeutende Rolle spielt und durch die Rationalisierung und Mechanisierung im Arbeitsprozess noch mehr Arbeitsplätze durch Frauen besetzt werden, übt die Frauenarbeit auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften einen wesentlichen Einfluß aus. Selbstverständlich muß damit die Organisation der Arbeiterinnen weitere Fortschritte zeitigen, damit eine größere Schlagkraft der Gewerkschaften gewährleistet ist.

Besonders aktuell und bedeutungsvoll im Berichtsjahr war die Frage: Ist die verheiratete Frau aus dem Erwerbprozess auszuscheiden oder nicht? Die Meinungsverschiedenheiten über diese Frage sind groß, sie werden auch nicht immer kollegial ausgeprochen. Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1927 sind Untersuchungen über die Gründe der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen angestellt worden. Demnach wurde festgestellt, daß mehr als 80 Proz. der verheirateten Frauen aus wirtschaftlicher Not auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Gertrud Hanna, Frauensekretärin beim ADGB, nahm in der Novembernummer der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ Stellung zur Frage „Geschliches Verbot der Arbeit verheirateter Frauen“ und lehnt unter Angabe wichtiger Gründe es streng ab, daß die Frauen durch geschliches Verbot von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden. Wir brachten in Nr. 50 des „Proletariats“ diesen Artikel wörtlich und haben uns der Meinung der Kollegin Hanna angeschlossen.

Die geringe Berücksichtigung der Frauen in allen Verbänden bei der Besichtigung zu Verbandstagen und Konferenzen hat uns im letzten Jahr mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen, wie wenig die Frauen zu verantwortungsvoller Mitarbeit in den örtlichen und bezirklichen Organisationen herangezogen werden. Mit der Ausschaltung der Frauen wird nur das jahrbuntertelang gezeitete Minderwertigkeitsgefühl in der Frau gestärkt. Wir haben aber tatsächlich alle Ursache, den bereits tätigen Kolleginnen mehr Verantwortung zu übertragen, damit sich in jedem Ort und in jeder Branche ein weiblicher Funktionärkörper bildet, der die Agitation unter den Arbeiterinnen intensiv fördern und weitertreiben muß. Gewiß sind zur erfolgversprechenden Frauenagitation große Schwierigkeiten zu überwinden. Aber wir müssen sie überwinden, weil wir mehr praktische Erfolge sehen wollen.

Anna Jammert.

Aktienkapital erhöht.

Bei dem Lindcar-Fahrradwerk ist gegenwärtig Hochkonjunktur. Die Erzeugnisse des Werks finden glänzenden Absatz. Die Produktion konnte vervielfacht werden. Die Arbeiterzahl ist gegenüber dem Vorjahre mehr als verdoppelt. Das Werk ist stark erweitert worden. Trotzdem reichen die Anlagen kaum aus. Kein Wunder also, wenn das heute bestehende Aktienkapital in Höhe von 505 000 RM mit der Produktionskraft nicht im Einklang steht. Deshalb soll der Generalversammlung die Anfang Juni stattfindende Erhöhung des A. K. auf 2 Mill. RM vorgeschlagen werden. Für das verfloßene Jahr wird eine Dividende in Höhe von 10 v. H. vorgeschlagen. Die Gewerkschaftsmitglieder haben ein bringendes Interesse daran, daß das den Gewerkschaften nahestehende Unternehmen sich auch in Zukunft in der bisherigen Weise weiterentwickelt.

Lohnschiebspruch

für die Gruppe IV verbindlich.

Zum Lohnstreit des Schußverbandes Deutscher Glasfabriken (Verbandsgruppe IV) und des Keramischen Bundes (Gr. Glas) hatten sich die Verhältnisse äußerst zugespitzt. Der Schiedspruch konnte eine Befriedigung bei den Arbeitnehmern nicht auslösen. Es mußte zu den Zwangsmitteln der Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses gegriffen werden, um eine Verbesserung des Schiedspruches zu erreichen. Die Arbeitgeber der Verbandsgruppe IV antworteten auf unsere Maßnahmen in den Betrieben, in denen die Aufkündigung nicht erfolgt war, mit Aussperrungsmaßnahmen. Der Kampf wäre am 8., resp. am 15. Juni ausgebrochen. Inzwischen hat das Reichsarbeitsministerium auf Antrag der Arbeitgeber die nachfolgende Entscheidung gefällt, und sind für dieses Jahr die beiderseitigen Reklamationsmaßnahmen einzustellen, da der Lohnschiebspruch durch die erklärte Verbindlichkeit Rechtskraft erlangt hat:

In dem Lohnstreit
zwischen

dem Schußverband Deutscher Glasfabriken
und

dem Keramischen Bund (Gr. Glas) Sektion des Verbandes
der Fabrikarbeiter Deutschlands

wird der Schiedspruch vom 11. Mai 1929 für die Gruppe IV, der unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streitfall bestellten Schlichters gefällt worden ist, gemäß Artikel 1 § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 für verbindlich erklärt.

Das Reichsarbeitsministerium.

Die

Lohnkämpfe in der Glasindustrie.

In allen Industrien unseres Verbandsgebietes sind die bisherigen Lohn- und Tarifverhandlungen infolge der herausgehobenen Richtlinien der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände sehr schwierig gewesen. Die Industriellen waren entgegenzusetzen und Lohnabbauforderungen dem gegenüberzustellen. Zweck der Werbung: Halten des derzeitigen Lohnstandards in den einzelnen Bezirken und Verlängerung durch Neuabschluss mit möglichst langer Laufdauer.

Dieser Umstand machte auch die bisherigen Lohn- und Tarifverhandlungen in der Glasindustrie schwierig. Gelang es in der mechanischen Fensterglasindustrie, für einen Teil der Hütten bereits Anfang April durch die eingelegte Schiedsstelle einen einstimmigen Spruch zu erzielen, wonach mit Wirkung ab 1. April bis 31. März 1930 die Stundenlöhne für alle Arbeiter im Alter von 16 Jahren und darüber sich um 4 Pf., sämtliche Akkordlöhne und Wochenlöhne sich um 4 Proz. erhöhen, so war der Kampf der Parteien und vor der Schlichtungsinstanz in den anderen Branchen der Glasindustrie viel ausgeheult und stärker und ist bisher nur zum Abschluß gekommen für die handarbeitende Tafelglasindustrie und zuletzt für die Flaschenindustrie.

Für die Arbeitnehmer in der Tafelglasindustrie mit Handarbeit gibt es keine „Vorbeeren“ mehr im Lohnkampf zu holen. Die mechanische Entwicklung hat hier so schnell und stark eingegriffen, daß zum größten Teil sich nur noch Betriebe halten können, worin Tafelglas angefertigt wird, das zurzeit noch nicht in zufriedenstellender Weise mit der Ziehmaschine hergestellt werden kann. In Betracht kommt hierbei das sogenannte Hut- und Salinaglas, das vornehmlich zu photographischen Zwecken benutzt wird. Die Wünsche der Arbeitgeber, hier unbedingt einen Lohnabbau durchzusetzen, sind genau wie im Vorjahr gescheitert. Die Löhne der Glasschneider erhöhten sich um 3 Pf. pro Stunde, und im übrigen bleiben die bisherigen Lohnsätze. Laufdauer bis 31. März 1930.

Das ist der Tod von einem Teil der Flaschenhütten mit Handarbeit, so rief der Syndikus der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken dem Unterzeichneter nach Erfüllung des Schiedspruches für die deutsche Flaschenindustrie zu. Auch hier stellten die Arbeitgeber, getrieben durch herausgehobene Parole ihrer Spitzenorganisation, die Forderung auf Lohnabbau. Die Parteiverhandlungen scheiterten. Der ergangene Schiedspruch sieht eine Erhöhung der Akkordlöhne für Handfläschenschneider von 12 Pf. pro 100 Flaschen vor (= 4 Proz. Erhöhung auf Akkord), der Stundenlohnzuschlag beträgt 4 Pf. Die Akkord für Ballonmacher erhöhen sich um 2 Proz. und für Tempohilfen um drei Prozent. Die Lohnsätze der Arbeitnehmer an automatischen und halbautomatischen Maschinen erfahren bei einer bisherigen Verdienstmöglichkeit eines durchschnittlich leistungsfähigen Arbeitnehmers:

bis zu wöchentlich 65 RM	4 Proz.
" " " " 70	" " "
" " " " 75	" " "

Ausschlag. Darüber hinaus erfolgt ein Zuschlag nicht. Die Löhne der übrigen Dienstleistungen werden um 4 Proz. erhöht. Die Arbeitgeberseite lehnte den Schiedspruch ab. Tariflich besteht die Verpflichtung, keine Kampfmaßnahmen zu ergreifen, bis auch die Verbindlichkeitsverhandlungen stattgefunden haben. Bei diesen Verbindlichkeitsverhandlungen zeigte sich ein Schlußpunkt für Götter. Die Arbeitgeberseite tritt eine Parteivereinbarung entgegen der Linie des „untragbaren“ Schiedspruches. Eine Änderung ist nur insofern eingetreten, als die Zuschläge von 1, 3 und 2 Proz. bei den Arbeitnehmern an Maschinen an Stelle auf 65, 70 und 75 RM auf 60, 65 und 70 RM Wochenverdienst Anwendung finden und der Vertrag ab 8. Mai in Kraft tritt. Laufdauer bis 31. Juli 1930.

In der Weichholglasindustrie steht das Barometer auf Sturm. Von 6 Bezirksgruppen ist es bisher in keiner Gruppe zu einem Abschluß gekommen. Für 4 Bezirksgruppen liegt ein Schiedspruch vor. Nach den einzelnen Schiedsprüchen sollen Glasmacher und Glaschleifer nicht einen Pienia Zulage durch Zuschläge auf die Akkordverdienste erhalten.

Für das Gebiet Thüringen sollen nach dem Schiedspruch nur die Reichslöhner 3 Proz. erhalten. In den Bezirken Weichwasser und Umoechnung, Petershain, Welzow und Umgebung liegen die Schiedsprüche infolgedessen besser, als der Wichtel für Glasmacher und Schleifer erhöht worden ist von 48 RM auf 50 und 52 RM pro Woche für Abschleifer und Einbinder die Akkordlöhne um 2 Proz. erhöht werden und der Zuschlag für die Reichslöhner 3 Proz. beträgt. Für den Bezirk Sachfen ist ebenfalls durch Schiedspruch die Nichtlohn für Glasmacher auf 2 RM erhöht. Die Erhöhung der Akkordlöhne, auch für Einbinder und Abschleifer ist abgelehnt. Die Stundenlöhne der übrigen erhöhen sich um 3 Proz., mit Ausnahme der Sozialarbeiter und Arbeiterinnen, deren Löhne sich um 4 Proz. erhöhen. In dieser Gruppe ist es bereits zu Kampfmaßnahmen gekommen. In den Betrieben der Glasfabrik Brockwitz-Sörenwitz mit Abzweigung in Ottendorf-Trilla, Firmen A. Richter & Söhne in Ottendorf, Wehr, Hofmann in Bernsdorf, Gehr, Eibenstein und Sachfenhütten in Nischowserda ist von den Glasmachern und Glaschleifern die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eingereicht. Es läuft zum 8. Juni ab. Als Antwort darauf ist von Arbeitgeberseite in diesen Betrieben die Kündigung der anderen Arbeiterkategorien erfolgt.

Die kriegsgewundenen Verbindlichkeitsverhandlungen haben zu einer Einigung nicht geführt. Ein Einigungsantrag des Unparteiischen auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes, das über den vorliegenden Streit verbindlich entscheidet, ist von Arbeitnehmerseite abgelehnt worden, weil sie eine Bindung von vornherein ablehnen.

Daraufhin haben die Arbeitgeber, die dem Schußverband deutscher Glasfabriken angehören, beschlossen, die Arbeitnehmer der Firma Gebr. Kalk in Kreital-Deuben und Sächsischen Glasfabrik A.-G. in Kadeberg auszusperrten. Der Streit wurde inzwischen durch die Verbindlichkeit erledigt.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Nachhilfsarbeiter, Hilfsarbeiter und Jugendlichen in der Glasindustrie billiger arbeiten müssen als es in anderen Industrien des gleichen Bezirks der Fall ist. Chronischer Mangel an Nachhilfsarbeitern und Jugendlichen herrscht auf diesen Werken wegen der zu niedrigen Löhne. Von Oberösterreich und den angrenzenden Ländern hat man versucht, Arbeitskräfte heranzuziehen. Sie bekamen den Tariflohn und einen Aufschlag. Trotzdem ist der größte Teil wieder davongelaufen. Für Arbeiter, die vom äusseren östlichen Zipfel untern Landes geholt werden oder vom Ausland, können die Firmen einen höheren Lohn zahlen; abgelehnt wird es aber unter allen Umständen bei den am Orte oder der Umgegend wohnenden Arbeitnehmern. Wegen solcher unwürdigen Zustände anzukämpfen ist eine Pflicht. Wir entziehen uns dieser nicht.

R. Müller.

Zur Errichtung der Glasfachschule.

Unter Vorsitz des Oberpräsidenten von Schlesien wurden am 25. d. M. die Verhandlungen wegen Errichtung einer Glasfachschule in Schlesien wieder aufgenommen. Neben einer großen Anzahl Behördenvertreter, unter denen sich auch Herr Ministerialdirektor Jakob vom Preussischen Handelsministerium befand, waren aus interessierten Kreisen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften vertreten. Bedauerlich war es, daß die Glasindustrie der Lausitz bei Einladung des Oberpräsidenten nicht Folge leistete. Mehr Interesse hätte man von der Industrie wirklich erwarten dürfen.

In seinen einleitenden Worten wies der Oberpräsident auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Errichtung einer Glasfachschule hin. Daß sie zur Notwendigkeit geworden sei, geht schon daraus hervor, daß die verhältnismäßig kleine Tischgeschloßerei heute drei gut ausgebaute Glasfachschulen befinde, die sehr viel zum Ansehen und Vertrauen der sächsischen Glasindustrie beigetragen haben. Die deutsche Glasindustrie sei ein nicht zu unterschätzender Faktor in der deutschen Volkswirtschaft wie aber auch in der Weltwirtschaft. Es scheint deshalb gerade jetzt in Zeiten der technischen Umstellung der deutschen Glasindustrie doppelt notwendig, die Glasfachschule zu errichten, um mehr wissenschaftlich vorgebildete Kräfte möglichst aus heimischem Arbeiterstamme der Industrie zuzuführen. Die Errichtung der Glasfachschule werde, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, zur Nationalsache aller Beteiligten. An der Dringlichkeit dürfe das Projekt, nachdem Breslau abgelehnt habe, nicht scheitern. Da Bunsau die besten Voraussetzungen durch Bestehen der dortigen keramischen Schule und verschiedener glasindustrieller Anlagen befinde, möchte Bunsau in erster Linie berücksichtigt werden.

Recht unbefriedigend und beschwommen waren die Ausführungen der Industriellen und ihrer Syndikate. Notwendig sei die Schule, damit vor allen Dingen dem modernen Schmelzverfahren und der Formgestaltung des Glases neue Wege gezeigt werden. Bezüglich des Ortes der Errichtung der Schule wurden alle möglichen Pläne vorgeschlagen. Zusammenfassend kann als Refrain immer: Errichtet die Schule, es darf der Industrie aber keinen Pienia kosten! Mit dem sich-um-Kreise-drehen glaubten die Vertreter der Industrie, die den großen Vorteil der Errichtung der Fachschule in erster Linie für sich haben, nach untrüger Annäherung, das Projekt würde sich auch neuerdings zerschlagen.

Von Behörden- und Gewerkschaftsvertretern wurde den Herren der Industrie in nicht missverständlicher Weise gesagt, wie ihr Verhalten in der Öffentlichkeit wirken muß, und ihnen die Frage vorgelegt, wo jetzt das starke Verantwortungsgefühl der Industriellen für die Wirtschaft sei, das man bei anderen Gelegenheiten und Auseinandersetzungen wirtschafts- und sozialpolitischer Art immer zum Ausdruck bringen will.

Mit aller Sachlichkeit und Ueberzeugung wurde von den Arbeitnehmervertretern nach besonders die Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten Glasfachschule in Deutschland nachgewiesen. Gerade die letzte Leipziger Messe und die Konjunkturberichte der Konjunkturforschungsinstitute zeigen dies sehr deutlich. Daß Wissenschaft und Praxis in Betrieben heute untrennbar sei, beweisen doch auch die letzten akademischen Tagungen von Vaden, Berlin und Wien. Bemängelt wurde, daß nach eventueller Errichtung der Glasfachschule der preussische Staat als solcher nur eine Summe von 500 RM pro Jahr laufend zuzuschießen will, währenddem bei älteren Glasfachschulen uns bekannt sei, daß Beträge bis zu 14.000 RM zugewendet werden. Am Ort und an Geldmitteln dürfte, nachdem das Reich und Preußen und andere Behörden den ersten Willen der Finanzierung gezeigt haben, das Projekt nicht scheitern. Nach stundenlanger Diskussion ist es dem Oberpräsidenten gelungen, eine Kommission bilden zu lassen (Arbeitnehmervertreter wird der Kollege Wuhmann mit, die am 4. Juni in Bunsau zusammenritt), um an Hand der vorhandenen Mittel über den Auf- und Ausbau der neu zu errichtenden Glasfachschule weiter zu beraten. Kostentilgung kommt das Werk im Interesse der gesamten deutschen Glasindustrie und ihrer Arbeiter, sowie der deutschen Volkswirtschaft zustande!

M. K.

Betriebs-Wiederaufnahme in der Tafelglasindustrie.

Die einst bedeutungsvolle handarbeitende Fensterglasindustrie ist durch die Mechanisierung der Produktion schon seit einigen Jahren fast völlig zum Erliegen gekommen. Die Tafelglasarbeiter wurden dadurch besonders in Mitleidenschaft gezogen und haben unter den Folgen dieser Umstellung noch sehr zu leiden. In den Orten, in denen an Stelle der stillgelegten Tafelglashütten mit Handarbeit Fensterglasfabriken errichtet wurden, machten sich die nachteiligen Folgen der Mechanisierung für die Arbeiter besonders fühlbar. In Sachfen, Schleien und in der Lausitz kam es zu tief einschneidenden Betriebsstilllegungen, ohne daß die Errichtung von Ziehmaschinen in nennenswertem Umfang zu verzeichnen war. Als einziger Fensterglasziehbetrieb kommt in der Lausitz nur eine Glashütte in Kunenbort in Frage, in der an vier Fourcault-Maschinen gearbeitet wird. In Sachfen errichtete die Firma Lippold & Söhne G. m. b. H. in Brand-Erbisdorf einen Maschinenbetrieb mit drei Ziehmaschinen, der aber nach kurzer Betriebsdauer infolge eingetretener technischer Schwierigkeiten wieder stillgelegt werden mußte. Die Tafelglasarbeiter, die durch die Mechanisierung der Produktion arbeitslos geworden sind, mußten versuchen, in anderen Industriezweigen ein Unterkommen zu finden, das ist insbesondere für die älteren Kollegen, deren Kräfte bei der schweren Berufsarbeit in der Tafelglasindustrie verbraucht wurden, mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden.

Nach den neuesten Informationen soll nunmehr unter Beteiligung der öffentlichen Hand in Kadeberg (Sachsen) ein mechanischer Fensterglasbetrieb errichtet werden, der im Herbst

dieses Jahres aufgenommen wird. Es handelt sich um die größere W. Hirsch A.-G. für Tafelglasfabrikation, die unter Beteiligung des Sächsischen Staates unter der Firma Kadeberger Maschinenfabrik G. m. b. H. zu einem Maschinenbetrieb umgestellt wird. In diesem Betrieb sollen vier, möglichst auch fünf Fourcault-Maschinen in Gang gesetzt werden. Auch die Glashütte in Helmstedt (Braunschweig), in der früher mundgeblasenes Tafelglas erzeugt wurde, wird als Wiederaufnahme in Betrieb kommen. An der Wiederaufnahme in Helmstedt interessiert die Firma A. H. v. Arnim, der Staat interessiert. Es werden dortliche sechs Fourcault-Maschinen in Betrieb kommen. Die Firma Tafelglaswerke Lippold & Söhne G. m. b. H. in Brand-Erbisdorf ist dazu übergegangen, ihren stillgelegten Maschinenbetrieb mit drei Fourcault-Maschinen wieder in Gang zu setzen. Durch die Wiederaufnahme der Fensterglasproduktion in diesen drei Betrieben wird es erfreulicherweise möglich sein, eine Anzahl der in den früheren handarbeitenden Hütten bei künftigen Arbeiter wieder einzustellen. Es ist für die nächste Zeit auch eine beträchtliche Steigerung der Fensterglasproduktion zu erwarten, und kann man gespannt sein, in welcher Weise die im Fensterglas-Syndikat zusammengeschlossenen Hütten zur Preispolitik der Produktion neu aufzunehmenden Hütten Stellung nehmen wird.

Bensheim.

In dem herrlich an der Bergstraße gelegenen Städtchen Bensheim führt die Kristall-Glasmacherei von L. C. u. a. f. d. ihr Schattendalein. Dieser Betrieb ist, solange er besteht, eine Stätte gewesen, in der für Kristall-Glasmacherei lebendiger der alte Grundgedanke gelten sollte, wer Naturfreund ist, kann von der schönen Umgebung leben, weniger von dem gezahlten Lohn. Der Möglichkeit, zu einem freien Tarifabschluß zu kommen, hat bisher Herr Lengsfeld verstanden, sich zu enthalten. Selbst ehemals Schleifer gewesen, glaubt er, eine Berufsfolgende ausbeuten zu können, wie es in keinem anderen Betrieb jemals vorgekommen ist. Dürfte. Da er die Rechnung der Firma Nieve in Heusenstamm arbeitet, mußte er stets nur die eine Kunde, daß er selbst bei seinen Artikeln nur soviel Lohn bekommt, um den Schleifern nicht mehr bezahlen zu können. In letzter Zeit hat er auch noch Arbeitskräfte von Stettin reiß. Magdeburg hierher geschickt, die nun mit ihren geringen Verdiensten hier nicht leben können. Herr Lengsfeld beschäftigt seinen Betrieb in nächster Zeit nach Nieder-Walkau am Rhein zu verlegen. Vor mehreren Wochen hat er seinen Schleifern große Versprechungen gemacht, daß er alle Leute mitnehmen will, nachdem er aber auch in diesem Jahre an eine bessere Entlohnung nicht gedacht hat, und in letzter Zeit noch ein erheblicher Arbeitsmangel eingetreten ist, haben die Schleifer von seinem Angebot Abstand genommen. Er selbst will nun den Betrieb in Bensheim schließen. Ob dieses schon im Laufe der nächsten Zeit Tatsache wird, bleibt abzuwarten. Auf alle Fälle warnen wir die Kollegen im Reich, soweit sie Arbeitsangebote der Firma Otto Lengsfeld, sei es von Bensheim oder dem späteren Betrieb in Nieder-Walkau, erhalten. Vorher sollten sie sich vorher zu erkundigen. In den Arbeitsangeboten schreibt Herr Lengsfeld recht großzügig, daß ein zeitweiliger Lohn bezahlt werde. Die Glaschleifer-Kollegen sind darüber anderer Ansicht. Ihr Einkommen, das sich zwischen 30 bis 40 RM wöchentlich bewegt, halten sie durchaus für nicht zeitweilig, noch dazu, wenn man den Ort berücksichtigt, in dem sich der Betrieb Otto Lengsfeld befindet. Wir glauben, daß diese Forderungen genügen, um weitere Kollegen vor Schwänden zu bewahren.

Schreibendorf.

In dem Lohnkampf mit den Schreibendorfer Glaswerken, der seit 28 Wochen tobt und mit bisher nicht anerkannter Hartnäckigkeit geführt worden ist, dürften nunmehr die größten Schwierigkeiten zu einer Verständigung überwinden sein. Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen brachten die Parteien einander näher, wenn auch immer wieder neue Schwierigkeiten auftraten, deren Ueberwindung Zeit in Anspruch nahm.

Offen muß ausgesprochen werden, daß die Schuld an der langen Dauer des Kampfes außer den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen im Verhalten einiger Arbeiter zu suchen ist. Da wurde geklagt und gekammert über niedrige Verdienste, schlechte Musterpreise — und trotzdem gehen einige hin und fallen den im Abwehrkampf wütender Beschleicherungen stehenden Kollegen in den Rücken. Eine schlechtere Art kann man sich kaum denken. Während die einen Opfer über Opfer bringen, glauben die anderen für eine kurze Zeit Vorteile zu erzielen, die nur allzujahrel im Gesamtteil umschlagen dürften. Und das alles, nur eine kurze Zeit Siedlung des Betriebesleiters zu sein, der natürlich alles Interesse hat, diese Menschen in guter Stimmung zu halten. Bei voller Einigkeit und Entschlossenheit aller Kollegen konnte dieser Kampf vermieden werden, weil die Firma von vornherein eine andere Stellung eingenommen hätte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Sorte Kollegen nicht mehr Mitglied unseres Verbandes sein können und ausgeschlossen werden. Wir bitten deshalb die Kollegenschaft, die Ausschlußveröffentlichungen in den nächsten Nummern zu beachten.

Danzigigen möchten wir, daß die Firma erklärt hat, daß weitere Einstellungen über die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte nicht erfolgen können, deshalb sind auch nach Abschluß des Kampfes Arbeitsangebote zwecklos.

Sreitai-Döhlen.

In der Glasfabrik von Siemens in Freital-Döhlen brach in der Nacht zum 30. Mai ein großer Brand aus. Eine Halle ist vollständig niedergebrannt und andere wurden stark beschädigt. In einem Gebäude mußten die Arbeiter alles fliehen und liegen lassen und vor dem Feuer flüchten. Eine Maschine mit den Hebenrollen unter freiem Himmel. Explosionsgefahr haben dazu geführt, daß das Feuer sich zu rasch ausbreiten konnte. Ueber die Ursache des Brandes heißt es, daß Selbstentzündung ihm ausgelöst habe. Die Maschinen, die unter dem Feuer gelitten haben, konnten wieder in Betrieb aufgenommen werden. Entlohnungen sollen vorläufig nicht ausgesprochen werden.

Rädnitz, Kreis Crossen.

Die Flaschenmacher allerorts werden dringend ersucht, sich bei evtl. Arbeitsangeboten von der hiesigen Firma über die bestehenden Verhältnisse bei untrüger Arbeitsnachweise zu informieren. Kollegen, die diesen Hinweis nicht beachten, haben die Folgen ihres Verhaltens selbst zu tragen. Die Adresse des Arbeitsnachweises ist: Carl Eiber, Rädnitz Kreis Crossen.

Dank.

Aus Anlaß meines 25-jährigen Angestellten-Jubiläums im Verbands sind mir von allen Seiten soviel Ehrungen, Anmerkungen und wertvolle Geschenke zuteil geworden, daß es mir leider nicht möglich ist, allen persönlich zu danken, wie ich es gern tun möchte. Ich sage daher hierdurch herzlichsten und verbindlichsten Dank.

Carl Rößler, Hauptassistent.

Steigender Einfluss japanischer Keramik- und Glaswaren.

m. Die keramische Industrie Japans ist eine der ältesten Industrien dieses Landes. Ihre Anfänge gehen auf weit über 1000 Jahre zurück. Ihre Entwicklung stellt im wesentlichen eine Parallele zur chinesischen dar. Die Eigenart japanischer Porzellan eroberte sich sehr bald auf den Weltmärkten eine Vorkühnung. Die massenhafte Herstellung solcher Waren im Westen wurde daher in Japan sehr bald von dem fortschrittlich entwickeltesten Unternehmertum erfaßt. Die Regierung unterstützte diese Unternehmungen sehr nachdrücklich durch umfassenden Schutz. Nach der letzten Zollgesetzlichen Regelung sind 40 Proz. vom Werte bei der Einfuhr fremder keramischer Produkte nach Japan zu entrichten. Solche Maßnahmen führten in der Tat sehr rasch zu einem starken Aufschwung der keramischen Industrie Japans. Sehr bald wurden ansehnliche Uberschüsse erreicht, die vom Auslandskonsum überaus willig aufgenommen wurden. Die natürliche Folge dieser Absatzbewegung war eine bedeutende Ausdehnung der Produktionsleistungen einschlägiger japanischer Unternehmungen, zumal am Orte sehr reiche Rohstoffquellen zur Verfügung stehen. Außerdem vermog sich die japanische Industrie hier auf ein ausnahmsweise erfahreneres Arbeitermaterial zu stützen. Dabei sind die Herstellungskosten infolge der sehr niedrigen Löhne in Japan erheblich geringer als in Europa. Nach zuverlässigen Schätzungen bewegt sich die europäische, dabei auch die deutsche Lohnkala im allgemeinen etwa 85 Proz. über der japanischen. Die natürliche Folge dieser überaus günstigen Produktionsbedingungen war eine zunehmende Abgabenerweiterung japanischer Keramik auf den besonders abgabefähigen internationalen Märkten. Die japanische Konkurrenz erweist sich von Jahr zu Jahr vermehrt als ernst zu nehmender Wettbewerber für europäisches Porzellan.

Sehr interessant ist in solchen Erwägungen die Ausfuhr-entwicklung Japans im Laufe der letzten Zeit. Auffällig ist hier besonders der wesentlich ausgedehnte Absatz japanischer Erzeugnisse gegenüber der ständigen Zurückentwicklung des Einflusses Deutschlands und Großbritanniens in der Belieferung der Vereinigten Staaten. Deutschland hatte beispielsweise vor dem Kriege am Einfuhrhandel Amerikas von Glas und Keramik einen sehr reichlichen Vorzug vor dem japanischen Export. Die Ausfuhrverhältnisse verhielten sich wie 38 : 14. Dieser Abstand ist heute zum wenigsten ausgeglichen. Im letzten Jahre war das Verhältnis hier sogar 34 : 36 zugunsten Japans. Großbritannien, das ebenso einst in der Belieferung der U.S.A. eine bedeutende Rolle spielte und der zweitgrößte Lieferant Amerikas war, hat seine Vorkühnung jetzt an die Japaner verloren.

Ganz außerordentlich begünstigte die Erweiterung der japanischen Porzellanfabrikation natürlich der Krieg, der die europäische Porzellanindustrie, die während in der Welt war, von dem ausstehenden Osten fern hielt, wie ebenso auch von den amerikanischen Märkten mehr oder weniger abschloß, die gewöhnliche Versorgung vielmehr in der Hauptsache Japan überließ. Binnen kurzem konnte Japan seine Produktion um das Fünffache steigern. Schätzungsweise produziert Japan jetzt für 78 Millionen Yen aus erdernen Rohstoffen entstehende Erzeugnisse. Eine bedeutende Rolle spielt dabei der Export feinkeramischer Güter, der sich in den letzten Jahren nach dem Krieg bereits auf annähernd die Hälfte (36 Proz.) der Gesamtproduktion erhöht hat. Innerhalb von 7 Jahren hat sich damit die Exportbewegung japanischer feinkeramischer Waren sogar verdreifacht.

Allgemein haben die Japaner ihre Stellung als Versorger der Welt mit erdernen Waren ganz erheblich steigern können. In der Reihe der Exporteure folgte Japan vor dem Kriege, dem Umfang seines Ausfuhrhandels entsprechend, an 5. Stelle. Heute hat sich Japan sogar auf den dritten Platz heraufgearbeitet. Seine Ausfuhr ist in erster Linie orientiert nach den Vereinigten Staaten, die allein etwa die Hälfte derartigen aus Japan exportierter Gütermengen (40 Proz.) konsumieren. Prozentual bedeutet das an sich allerdings eine Einbuße gegen das Vorjahr, da durch die Wiederauslösung des durch den Krieg gestoppten europäischen Porzellans der japanische Export größere Absatzzentren wieder hergeben mußte. Großbritannien, Deutschland und Frankreich gewinnen wiederum an Wettbewerbstellung auf den amerikanischen Märkten gegenüber den japanischen Produkten. Der japanische Ausfuhrhandel sah sich infolgedessen gezwungen, sich neue Absatzplätze zu erschließen bzw. die bereits von Japan besetzten Märkte intensiver zu erschaffen. Japan hatte hier tatsächlich Erfolg, als japanische Waren, namentlich auf Märkten, die in vorrückender Entfernung zum Produktionsstandort liegen, also hauptsächlich China, Britisch-Indien und Niederländisch-Indien, aber auch Kanada, in größeren Mengen keramische Produkte japanischer Erzeugung aufnahm.

Weniger vorteilhaft war der Gang der Entwicklung der japanischen Glasindustrie. Die Anfänge in der Herstellung japanischer Glaswaren gehen wesentlich weiter zurück als die der europäischen. Japan hat ebenso sehr reiche Bestände an Quarzstrahlstein, die sich in hervorragendem Maße für die Erzeugung eines qualitativ einwandfreien Glases eignen. Allgemein günstige Vorbedingungen für eine rationelle Glas-erzeugung bieten sehr rasch eine Ausdehnung auch dieses japanischen Industriezweiges zur Folge. So weist beispielsweise die Statistik für das Jahr 1919 eine Glasproduktion im Werte von 39 Millionen Yen auf, das letzte Jahr dagegen von 64 Millionen Yen. In diesem Jahr führte Japan im übrigen den dritten Teil seiner Gesamtproduktion ins Ausland aus. Auch hier setzte sich der Export innerhalb von 9 Jahren um das Sechsfache gesteigert. Denn auch qualitativ die europäische Glasproduktion und ebenso die amerikanische dem japanischen Geschäft sehr bald mit wachsender Kräfteentfaltung wettvollen Abgabeböden entgegen konnten, bleiben doch vor allem auf Preismärkten die außerordentlich billigen japanischen Erzeugnisse im Vordergrund der Abgabinteressen. Trotzdem war der Verlust wertvoller Handelsplätze für die japanische Glasindustrie so wirksam, daß in den ersten Nachkriegsjahren eine Krise eintrat, deren Wirkung eine ganze Reihe in der Zeit besonderer Prosperität gegründeter Glasunternehmungen wieder schloß. Japan hat trotzdem im Laufe der letzten Jahre seine Glasproduktion nicht unwesentlich ausgedehnt. Man ist vor allem der Ueberzeugung an großen Produktionszentren vor China, die bereits durchschnittliche Leistungen von 17 Millionen Yen im Jahr erreicht. Ganz außerordentlich ausgedehnt ist weiterhin die Flachglasfabrikation, die jährlich etwa 21 Millionen Yen erreicht, weiterhin von vornehmlich Glaswaren für den Export. Insbesondere auch Dosenflaschen u. dgl., hinsichtlich der Herstellung von Lampen. Ganz bedeutend ist dazu in Japan auch die Spiegelglasindustrie. Spiegelglas arbeiten die japanischen Fabriken in der Hauptsache für den eigenen Bedarf. Unvergessen ist hier zu belegen der Anteil der japanischen Exporteure an der internationalen Versorgung. Besonders war schlagend noch die Ausfuhr von Spiegelglas, die zu weitaus überwiegenderem Teil für das Ausland exportiert werden, während nur etwa 30 Proz. der Flachglasproduktion exportiert wurden. Seit der Vorkriegszeit hat sich der Export japanischer Glaswaren von 23 auf 66 Millionen Yen erhöht. In der Reihe der Weltversorger hat Japan damit seine Stellung ebenfalls verbessert. Von achter Stelle rückte es zur sechsten Platz der Weltversorger.

Der außerordentlich gesteigerte japanische Einfluß auf die keramischen Produkte, die verkehrspolitisch für Japan gelegener Länder, das auch in erster Linie

Britisch-Indien, China, Niederländisch-Indien und Amerika. Britisch-Indien importierte in großen Mengen Tafel- und Spiegelglas, weiterhin Flaschen, Behälter aus Glas und Küchengeräte aus Glas. Bedeutende Mengen an Tafelglas, das dort zunächst noch nicht fabriziert wurde, ebenso an Spiegelglas nimmt China auf.

Die Steigerung des japanischen Glaseports ist auf die freiere Bewegung während des Krieges zurückzuführen, als der bedeutendste Exporteur nach jenen Ländern, Deutschland, vom dortigen Absatz abgeschnitten war. Sehr wesentlich ist, daß nach wie vor China und die Vereinigten Staaten ganz bedeutende Mengen japanischen Glases konsumierten, obwohl dort die eigene Glasindustrie ganz erheblich gesteigert wurde.

Wie gefährlich an sich für den führenden internationalen Handel an Glas und Keramik die japanische Konkurrenz sich zu entwickeln beginnt, zeigt wohl am besten das statistische Bild, nach dem an dem Gesamtmarkt von keramischen Produkten von 270 Millionen Mark im letzten Jahre des Vorkrieges Japan mit 5 Proz. beteiligt ist, im vergangenen Jahr bei einem Umfang des Gesamtmarktes von rund 500 Millionen Mark Japan etwa 18 Proz. kontrollierte. Wengemäßig weniger bedeutend, aber trotzdem recht beachtlich ist die Erhöhung des Anteils am internationalen Glasaussenhandel, der im letzten Jahr vor dem Krieg allgemein etwa 48 Millionen Mark erreichte, 1927 etwa 175 Millionen. Dabei stieg der Anteil Japans von 1,5 auf 4,1 Proz.

Tarifabschluss für die Kölner Kunstfiguren-Industrie.

Die Arbeitgeber der Kölner Kunstfigurenfabriken und die Gewerkschaften hatten beiderseits Anträge gestellt, Änderungen im Rahmenvertrage herbeizuführen. Die Arbeitgeber wollten die Lehrlingsfrage anders geregelt haben und die Gewerkschaften verlangten, daß die Urlaubsbestimmungen verbessert werden und auch für die Betriebe, die im Afford arbeiten, Bestimmungen über die Affordarbeit in den Rahmenvertrage aufgenommen werden.

Nach längeren Verhandlungen wurde in bezug auf die Ferien folgendes vereinbart:

1. Jeder Arbeitnehmer erhält einen jährlichen Erholungsurlaub, wenn er länger als zwölf Monate ununterbrochen im Betriebe beschäftigt ist, und zwar:

nach Ablauf des ersten Jahres 7 Arbeitstage
nach Ablauf von 2 1/2 Jahren 8 Arbeitstage
nach Ablauf von 7 Jahren 9 Arbeitstage
nach Ablauf von 10 Jahren 10 Arbeitstage

unter Fortzahlung des Durchschnittsverdienstes der letzten vier Wochen, jedoch darf der Tariflohn nicht mehr als um 20 Proz. überschritten werden.

2. Ferien dürfen nicht abgezogen werden, gewinnbringende Beschäftigung während des Urlaubs ist unzulässig, bei Verstößen besteht kein Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes.

3. Als Urlaubzeit gilt die Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober; bei Grenzstreitigkeiten ist eine lokale Auslegung zu üben.

4. Im ersten Jahre der Beschäftigung besteht kein Anspruch auf Urlaub, wenn die Ferienzeit zwischen dem 1. Oktober und dem 1. Mai fällt, es sei denn, daß die Entlassung aus Gründen erfolgt, die der Arbeitnehmer nicht zu verantworten hat.

5. Betriebsleitung und Betriebsrat regeln den Urlaub am Beginn der Ferienzeit für alle Arbeitnehmer unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse.

In bezug auf die Affordarbeit und die Arbeitsbedingungen der Lehrlinge wurde folgendes dem Rahmenvertrage beigefügt:

§ 5. Afford.

1. Die Festsetzung der Afforde erfolgt in der Weise, daß ein Arbeitnehmer bei durchschnittlicher Leistung 15 Proz. über seinen Tariflohn verdient. Maßgebend ist die durchschnittliche Leistungsfähigkeit eines Arbeitnehmers unter normalen Verhältnissen.

2. Die Festsetzung der Affordpreise erfolgt vor Beginn jeder Affordarbeit durch die Betriebsleitung im Benehmen mit den betreffenden Arbeitnehmern.

3. Falls bei Festsetzung von Afforden Streitigkeiten entstehen, ist der Betriebsvertreter unbenommen, einen Arbeitnehmer aus der streitigen Branche des Betriebes zu ernennen, welcher den Verhandlungen und Entscheidungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung beizuhelfen soll.

4. Kommt in dem Verjahre nach Puffer 3 keine Einigung zustande, so wird die streitige Arbeit zum jeweiligen Stundenlohn zuzüglich 15 Proz. geleistet und danach der Affordpreis festgelegt.

5. Bei Erhöhung des Stundenlohnes erhöhen sich die Affordpreise im gleichen Verhältnis.

§ 6. Schlußpa.

1. In der Regel sollen im Jahre auf 10 Gehilfen ein Lehrling entfallen. Bei weniger als 10 Gehilfen erfolgt eine diesen Verhältnissen entsprechende Umrechnung. Der Betriebsrat ist berechtigt, die Einstellung, Behandlung und Ausbildung zu überwachen.

2. Als Entlohnung gelten folgende Sätze: Im ersten Jahre 15 Proz., im zweiten Jahre 20 Proz., im dritten Jahre 30 Proz. des Durchschnittslohnes eines Sacharbeiters der Gruppe, welcher der Lehrling angehört. Jeder Lehrling erhält im Jahre sechs Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Ueber die Lohnfrage konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Gewerkschaften haben hierauf den Schlichtungsausschuß angerufen.

Kapital und Arbeit in der Zementindustrie.

Von Gustav Niemann-Hannover.

V. Koalitionsrecht der Zementarbeiter.

Der Wille zur technischen Zweckhaftigkeit ergab die Erfindung des Zement. Reinerste Zweckhaftigkeit kennzeichnet die Erfindung. Zweckhaftigkeit in gesteigerter Form bezeichnet die Technik seiner Herstellung, führt immer neue Verbesserungen ein. Keine technische Zweckhaftigkeit hätte die wirtschaftlichen Organisationen der Zementindustrie zu Stande gebracht. Die Unternehmer durch die Koalitionsbeziehungen der in der Zementindustrie arbeitenden Menschen zu regeln. Und gerade dort, wo sie sich in die gewerkschaftliche Masche des Zementkapitalismus und der „Zementgemeinschaft“ hüllt, wirkt diese alte technische Zweckhaftigkeit am widerwärtigsten.

Das Arbeiterideal der deutschen Zementindustrie ist der willige und willenslose, der organisations- und werkslose Arbeiter, der verschleimte Rekrut, der dem Kommando des Vorgesetzten aus Gehorsamkeit und Durch folgt. Mit einer gewissen Rabinderart und Selbstverleugung versuchen die Zementkapitalisten alle jene Faktoren auszuscheiden, die die geistige Haltung entgegenzusetzen. Die Arbeiterheit soll ihr nur Mittel zum Produktionszweck sein, ebenso wie eine Maschine oder ein bestimmtes Arbeitsverfahren.

Das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital in der Zementindustrie ist ein warnendes Beispiel dafür, wie es der deutschen Arbeiterschaft ergangen wäre, wenn sie nicht den Wert und die moralische Kraft angebracht hätte, sich des wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen durch die Kraft des Zusammen-

Tendenziöse Handelskammerberichte.

In dem Bericht der Handelskammer Schweinitz über die Geschäftslage in der schlesischen Porzellanindustrie wird behauptet, daß das Jahr 1928 eines der stärksten Krisenjahre für die erwähnte Industrie gewesen sei. Als Beweis dafür wird angeführt, daß nahezu in allen Werken Schließens kurzgearbeitet bzw. Entlassungen vorgenommen wurden. Wir müssen einer Behauptung, die so verallgemeinert ausgesprochen worden ist, entgegen treten. Unsere statistischen Feststellungen beweisen das Gegenteil, daß mindestens bis zur Jahresmitte der Beschäftigungsgrad ein recht guter war, ja sich sogar über dem andern Landbestande bewegte.

In unseren Zahlenstellen Girschberg, Kaufha und Waldburg waren im Monatsdurchschnitt der ersten Jahreshälfte 4175 Porzellanarbeiter organisiert. Von diesen organisierten Porzellanern waren im Monatsdurchschnitt 45 arbeitslos, also reichlich 1 Proz. Kurz gearbeitet haben nur im Juni 60 Kollegen in Waldburg. Diese Zahlen sind doch durchaus als normal zu bezeichnen. Für das gesamte Verbandsgebiet waren die Zahlen im gleichen Zeitraum erheblich höher. Der Prozentsatz Arbeitslose betrug 8 und Kurzarbeiter 35 pro Hundert erzielte Arbeitnehmer.

In der zweiten Hälfte des Jahres hat sich das Bild allerdings verschoben. Zunächst sind die Arbeitslosenzahlen nicht unwesentlich gestiegen. Die Schuld daran tragen die bei den Hauswertbetrieben in Schmiedeberg durch das tarifwidrige Verhalten der Betriebsleitung hervorgerufenen Auseinandersetzungen, die zur Stilllegung des Schmiedeberger Betriebes der Firma führten. Im letzten Drittel des Jahres sind auch die Waldburger und die im Gebiet der Zahlstelle Kaufha anferes Verbandes gelegenen Betriebe zu Entlassungen und Kurzarbeit übergegangen. Der Prozentsatz der Arbeitslosen liegt aber mit 6,8 Proz. im Monatsdurchschnitt noch wesentlich unter der Zahl für das ganze Reichsgebiet, die 8,1 Proz. betrug. Kurzarbeiter waren im zweiten Halbjahr in den drei genannten schlesischen Orten 6 Proz. zu verzeichnen, während der Reichsdurchschnitt der feinkeramischen Industrie 9,6 Proz. auswies. Seht man von den schlesischen Zahlen Girschberg und Kaufha ab, so daß nur Waldburg allein verbleibt, so ist die Gegenüberstellung für Schlessen noch günstiger. Im Waldburg waren im Jahresdurchschnitt 1,1 Proz. arbeitslos und 3,1 Proz. haben kurz gearbeitet. Der Reichsdurchschnitt für das ganze Jahr ist 6,57 Proz. Arbeitslose und 6,44 Proz. Kurzarbeiter. Wir wollen daher nicht bestreiten, daß die Beschäftigungsmöglichkeit in der Porzellanindustrie Schlessens sich zum Ende des Jahres ungünstiger gestaltet hat. Die schlesische Porzellanindustrie leidet — wie wir dem Bericht der Handelskammer gern bestätigen — am Mangel ihres natürlichen Absatzgebietes: Polen und Rußland. An der Arbeiterschaft und ihrer parlamentarischen Vertretung liegt es allerdings nicht, wenn die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nicht vorwärts kommen. Neben der chauvinistischen Einstellung diesseits sowie jenseits der deutsch-polnischen Grenze ist es der Interessenkonflikt zwischen Industrie und Landwirtschaft, der das Zustandekommen eines Handelsvertrages verhindert.

Aus vorstehenden Ausführungen ist ersichtlich, daß die Handelskammer in Schweinitz sich über die Lage der schlesischen Porzellanindustrie recht einseitig informiert haben und daß gerade die schlesischen Unternehmer nur deshalb weniger Entlassungen vorgenommen haben und Kurzarbeit zur Einführung brachten, damit sie trotz Auftragsmangel in höherem Maße als in anderen Teilen des Reiches ihren Arbeitnehmern Beschäftigungsmöglichkeit bieten konnten.

Rosenthal A.-G.

Die Porzellanfabrik B. Rosenthal A.-G., Berlin-Selb, erwähnt in ihrem Geschäftsbericht vom Jahre 1928, daß sie für die Exportförderung einen Sonderfonds in Höhe von 100 000 M geschaffen. Damit stellt die Firma als erste Mittel für die Durchführung einer Idee des Herrn Geheimrat Rosenthal bereit, die zum Ziel hat, den Export zu fördern und der deutschen Industrie Absatzmärkte im Auslande zu erschließen. Geheimrat Philipp Rosenthal hat seine praktischen Vorschläge in einer Denkschrift „Exportförderung, ein brennendes Problem“ zusammengefaßt und erzielte damit, daß die deutschen Industriellenverbände ihr Einverständnis bekundeten. Rosenthal schlägt in seiner Schrift vor, die Industrie sollte mit dem Reich Stellen schaffen, um im Auslande mit allen Möglichkeiten für den Absatz deutscher Waren zu werben. Die Mittel sollten Industrie und Reich gemeinsam tragen. Mit der Vereinstellung des Fonds will die Firma Rosenthal zeigen, daß es ihr Ernst ist mit der Exportförderung und daß sie auch zu Opfern bereit ist.

Neuhaus, Kr. Sonneberg.

Am Sonnabend, dem 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, brach in der Porzellanfabrik Neuhaus, Kreis Sonneberg, Siemens-Schudert-Werke, ein großes Schadenfeuer aus. Von dem Brand wurde betroffen der Trodenraum der Niederspannung, die Glaurabteilung der Niederspannungs- und Freidreherei nebst dem gesamten Dachstuhl. Die unteren Stockwerke haben durch die Wassermassen beim Löschen ziemlich gelitten. Die in den Abteilungen Beschäftigten glaubt die Firma in anderen Abteilungen weiter beschäftigen zu können. Ueber die Entstehung des Brandes ist vorerst nichts Näheres bekannt.

Schlussel zu erkämpfen. Sie wäre zum willenlosen Werkzeug kapitalistischer Zweckwille herabgesunken, wie es leider bei einem Teil der Arbeiterschaft der deutschen Zementindustrie der Fall ist.

Die geistige Haltung des Unternehmertums der deutschen Zementindustrie zum Koalitionsrecht der Arbeiterschaft muß notwendigerweise in einem schärften Gegensatz zu den Gewerkschaften stehen. Obwohl es selbst von dem Rechte der Koalition, das sich bis zum Koalitionszweck steigert, für seine eigenen Interessen in ausgedehntem Maße Gebrauch macht, achtet es der Arbeiterschaft dieses Recht nicht an, sucht es ihr hinterhältig zu entreiben, fast es als einseitiges Recht auf. So war es immer schon in der Zementindustrie, die, ebenso wie die Schwerindustrie und die chemische Großindustrie, in der Vorkriegszeit jede Verhandlung mit den Gewerkschaften, jeden Tarifabschluß über Lohn- und Arbeitsbedingungen entschieden ablehnte. Was allerdings auch damals nicht die Arbeiterschaft einer ganzen Reihe von Zementbetrieben abgehalten hat, sich einen kraftvollen gewerkschaftlichen Rückhalt im Fabrikarbeiterverband zu schaffen. Und es hat auch damals schon harte gewerkschaftliche Kämpfe in der deutschen Zementindustrie gegeben, so z. B. in Lagerdorf und in Wolgast. In Wolgast ereignete sich gelegentlich eines Zementarbeiterstreiks jene tragikomische Begebenheit, die von unserem alten Kollegen Tsch in einer kleinen Broschüre festgehalten ist: daß zum Schutze der sich angehend von den Streikenden bedroht fühlenden Zementkapitalisten herangezogene Militär attackierte im Sturmangriff das in Winterbergen und weißen Kleidern zur Verfügung erscheinene Bürgergremium am Bahnhof. Im Schatten der Abenddämmerung glaubte der Leutnant, den inneren Feind, die bösen Streikenden, vor sich zu haben, und jagte die Streikvereinter

ihren Ehrenjungfrauen vor sich her. Ganz Deutschland hat...

Die soziale Lage der deutschen Zementarbeiter in der...

Wo es irgend möglich war, haben sich die Zementherren...

Das Zusammenarbeiten mit den Belegschaften, die zum...

Wir wollen diesem Lob der unpolitischen Werkvereine aus...

Wir wollen diesem Lob der unpolitischen Werkvereine aus...

äußeren Zusammenhalt, ohne jede Möglichkeit, sich gegen die...

Mit List, Schlaueit und Wohlhabensversprechungen, mit...

Die Spruchprotokolle einer Reihe von Schlichtungsaus-

Der Schlichtungsausschuss von Würzburg und der Landes-

Wenn nun das Landesarbeitsgericht beschlossen hat, zu ver-

Werkvereine ohne Arbeiteranhang.

Anlässlich der Betriebswahl im Werk D'peln der...

Wir waren aber dem Berichterstatter dieser famosen Zeitung...

Über auch den andern Behörden wollen wir in aller...

Wenn nun neuerdings die „Oberschlesische Tageszeitung“...

nicht ernst genommen werden können. Man wird immer den...

Wir wollen uns nicht weiter mit der Frage beschäftigen,

Wir haben noch weitere Beweise zur Hand, aus denen klar...

Zu all diesem Lohnwahnsinn kommt noch hinzu, daß ein...

mündlichen Verhandlung am 28. 5. vorläufig...

Zum Schluß möchten wir aber hervorheben, daß alle Kräfte...

Streik in der rhein.-westf. Ziegelindustrie.

Wie ein roter Faden zieht sich in diesem Jahre durch alle...

Die am 25. Mai 1929 in Dagen versammelten Ziegler...

Sie führt mit aller Deutlichkeit der Deutlichkeit ihre...

Die Versammlung beauftragt die Gewerkschaft, unter...

In einer Sitzung aller beteiligten Gewerkschaften wurde...

- 1. Ab 13. Mai erhöhen sich sämtliche Löhne in allen Orts-
- 2. Ab 13. Mai wird als Ausgleich für die Mehrarbeit (9.
- 3. Die 14-15jährigen Arbeiter erhalten ab 18. Mai einen
- 4. Ab 1. Juli wird in allen Klassen ein weiterer Pfennig
- 5. Der Tarif läuft bis zum Herbst 1930.

Da dieses Angebot weit unter dem Ergebnis des Schieds-

Drei Tage standen die Zieglerkollegen im Streik, da kamen...

Die Lohnsätze des Schemas vom 14. Mai 1928 erhöhen sich...

Mit Wirkung vom 5. August 1929 ab erfolgt in den Grup-

In einer Protokollnotiz wurde die Aufnahme der Arbeit...

Tarifabschluss in der Württembergischen Ziegelindustrie.

Im Bezirk Württemberg waren Schiedsprüche in der...

Sommer im Berg.

Gelb flammt der Sand, weiß das Gestein
Glutend im Sommersonnechein.
Bäume stehen auf schmalen Grat;
Vogelstimmen schweben von der Wand
knatternd ihr Lied ins weite Land.
Steinschlag donnert in lauterer Fahrt.

Schiffe trachen, Pulverqualm schwebt
Ueber den Berg, der schauernd bebt.
Noch die Erde im Dämmerblau steht;
Voll Kammern durchbraust die Luft
Voll des Feuers, rote Luft,
Wirbelnd, wallend die Rauchfahne weht.

Arbeitsgestalten, sonnenverbrannt,
Schaffen im Berg mit schweißger Hand
Wagen rollen, Schlägel erklingen;
Plötzlich erkönt mit einemmal
Tief aus grünem, blühendem Tal
Freiheit — jubelnd der Vögelin Singen.

Hoffnung durchzieht die müde Brust,
Muskeln straffen sich, kraftbewußt,
Mögen die Sonnenpeise schwirren;
Dah reißt die tränenschwere Saat,
Anbricht für und der Tag der Mähh,
Da Glendstetten brechend lürrten. Ludwig.

Der Eroberer.

Zum 60. Geburtstag des Dichters Martin Andersen Nexø.

Einer der Dichter, denen das Erlebnis der Not und Kraft der proletarischen Klasse zur Dichtung wurde, einer der auf allen Erdteilen aufstehenden und von Land zu Land ihre brüderlichen Signale rufenden Dichter des schaffenden Volkes ist der Däne Martin Andersen Nexø.

Seine Eltern waren Proletarier, Leute ohne breitverwurzelte Geschichte, ohne Familientradition, ohne Selbsthaftigkeit. Der Vater kam aus einem Bauerngeschlecht, das einen ausschließlichen Kampf mit dem sandigen Boden führte. Dieser Boden, der vom Wind getrieben wurde, trug nicht genug, alle Kinder eines Bauern zu ernähren. Und eines Tages ist der vom Wind enteignete Bauer dieses aufreibenden Kampfes müde. Er zieht in die Stadt und verschwindet zwischen Brandmauern und Hinterhöfen. Andersen Nexøs Mutter war die Tochter eines Schmiedes, ihr Großvater war ein eingewanderter Deutscher. Als der am 26. Juni 1869 geborene Andersen Nexø neun Jahre alt war, zog die Familie aus dem Arbeiterviertel von Kopenhagen nach Bornholm, der „Heimat“ des Vaters, der als Steinbrucharbeiter und Kfz-Mechaniker vergeblich versuchte, die hungrigen Mäuler seiner elf Kinder zu stopfen, weshalb die Mutter und die älteren Geschwister mißbedienten mußten. „Armut und angestrengte Arbeit sind die herrschenden Mächte in der Welt meiner Kindheit“, so erzählt Andersen Nexø, „ich habe gearbeitet, seit ich kriechen konnte — trug Zeitungen aus oder sammelte Späne auf den Dachböden und verkaufte sie an Herrschaften. Eine Zeitlang war ich auch Kinder mädchen bei meiner halbjährigen Schwester, vom frühen Morgen bis zum Abend, wenn die Mutter auswärts arbeitete — ich gehörte zu den ungeschulten, ungebildeten, die, sobald sie kriechen können, den Reiben der Sklaven des Lebens angehängt werden, deren verfluchtes Los es ist, einigen wenigen Unmenschen die Erde zu einem bequamen Aufenthaltsort zu machen!“

Es waren nicht nur die sozialen Erlebnisse von früher Kindheit an, es waren auch unauslöschliche Erlebnisse der Natur, die sich als Rohmaterial für den werdenden Dichter aufbewahrten. „... im Hofgebäude, an oberst in einem dieser Hinterhäuser, wo man nur Luftschiff auf dem Himmel hat, sah ich, aber ich, ergießt sich alles übrige von selbst. Rote Dächer können die Sonne wiedergeben und die Luft eines frisch angezündeten Gemüts entfachen, wie sonst nichts auf dieser Erde; und keine Nacht wird dann die enge, öde Brandmauer mit ihren gewaltigen Fenstern, die direkt vor dem Fenster sperrend steht, hindern können, sie in eine phantastische Welt zu verwandeln, die von seltsamen Ungeheuern mit Rückenpanzern und allen viel Gliedern — von Mauersäulen und Fassendrüglern — besetzt wird. Zum Ueberflus läuft immer eine Dachrinne am Fenster des Dachrückens dicht vorbei. Allmählich sammelt sich Erde vor den verwunderten Augen des Kindes eine grüne Pflanzempfer. So einfach und billig kommen nur die Allerärmsten ins Grüne hinaus.“ Und nun gar erst auf Bornholm! Bald war der Knabe mit dem Meere vertraut, vertrauter als mit der Schule, die er nur besuchen konnte, wenn nicht gearbeitet wurde.

Der junge Andersen Nexø mußte sich selbst ernähren. Er besaß ein Jahr lang als Hirtenjunge. Die Gehaltsverhältnisse waren damals noch fürchterlicher als heute. Unvergleichlich blie-

ben die Epochen des Daseins, dessen Unerschöpflichkeit selbst den von Arbeit an umhergeschleuderten Nexø an den Rand des Selbstmordes brachte. Dann ging Nexø zu einem Schuhmacher in die Lehre. Sechs Jahre lang blieb er in diesem an die Wand gequetschten und in Kellerabgründe hinabgeschleuderten Handwerk. Sechs Jahre, multipliziert sie mit den täglich 14 Stunden Arbeit, und dann versteht ihr das Wort Freiheitsdrang. Was aber will der Proletarier mit diesem Wort? Nexø wurde Maurerhandlanger. Nur raus aus der muffigen Schusterbude! Weg von den Menschen, denen ihr Beruf die Seelen verkrüppelte!



Martin Andersen-Nexø. Zeichnung von Erich Olier.

Nur raus, in die frische Luft, in die Sonne, die auch für den Arbeiter noch scheint... Hier, bei den Maurern, lernte Nexø einen Klassenbewußten Arbeiter kennen, und nun begann der unermüdete Aufstieg dieses zum Eroberer abehorenen Proletariats.

Plötzlich hatte die ganze Lebenserfahrung des jungen Nexø einen Sinn. Er besaß eine Straße, die ein festes Ziel hat, unter die Füße. Der so plötzlich lebend Gewordene ging diese Straße, wenn er rannte sie! Ihm vorenthaltene Schulbildung wurde nachgeholt, er wurde einer Volksschule eifriger Schüler. Aber das Lernziel schwächte den vom Fluch der Armut erschlagenen Körper so, daß nur noch eine Erholungsreise nach dem Süden Rettung bringen konnte. Das Unmögliche gelang, weil eines Dichters großmütige Witwe dem Kranken 400 Kronen ausshändigte. Martin Andersen Nexø hatte seine Lehriahre hinter sich und begann seine Wandertage.

Zwanzig Monate lang blieb er in Italien und Spanien. Zum knappen Gehalt verdiente er sich eine Kleinigkeit mit Artikeln für dänische Zeitungen. Es drängte ihn zum Schreiben, der aus seinem hoch gespannten Proletarier fing an zu leben, dort im Süden, wo das Leben froher ist. Aber bald sah Nexø auch hier unter der Oberfläche, die den Verarmungsreisenden zu billiger Schwärmer befördert, die Armut und die Leiden der Proletarier. Das Erlebnis der internationalen proletarischen Schicksalsgemeinschaft machte aus Martin Andersen Nexø einen Dichter.

Vom Jahre 1901 an lebt Martin Andersen Nexø von der Feder. „Es ist notwendig, daß einer der Gesellschaft auch die unarmherzigen Wahrheiten sagt. Und wer ist geeigneter dazu als der, der das Elend bis auf den Grund kennengelernt hat?“ Vom Leben des arbeitenden Menschen mußte er genug, um eine ganze Reihe Bücher zu schreiben. Andersen Nexø schrieb keine Literatur, wie sie Leute schreiben, die einige Semester Weltberühmtheit hinter sich haben. Er schrieb aber auch keine Literatur zur agitatorischen Inhalte. Wenn sein Stil einen Namen haben soll, vielleicht nennen wir ihn „Neue Menschlichkeit“. Nexø schrieb einmal: „Die Mißbräuche, unter denen ich als Kind gelitten, haben mich gelehrt, auf gegen andere zu sein.“

Nexø ist immer groß, wenn er in seiner Lebenslust bleibt, wenn die verborgene Kraft seiner Erinnerung in seine Feder

fließt. Menschen und Meer, das sind die Objekte, die können hinreizen, aber nicht zu dem grotesken Nihilismus des politischen Dekorationsmalers, nein, Martin Andersen Nexø ist Dichter der tausend Kleinigkeiten, aus denen sich Menschen-Naturgeschehen zusammensetzen.

Sein großer Roman „Kette der Erben“ wird von ganzen Welt gelesen. Er lebte und „erdichtete“ Figuren reichlich die Hand. Vieles in diesem Roman ist Selbstbiographie, aber dann wächst er aus dem Lebenskreis Nexøs heraus, und ganz unendliche Welt des Proletariats ist aufgetan. „Wie konnte ich überhaupt“, so äußert sich Andersen Nexø, „die Figur des schaffenden, den Träger der neuen Welt, ohne tief in mich selbst greifen? In der Literatur waren alle die großen Schilderungen menschlicher Entwicklung von Bürgerlichen geschrieben — von den Männern einer sterbenden Zeit — sie mühten so neben und im Pessimismus münden. Diese Schilderungen waren wenig zufriedenstellend für den, der aus der Tiefe kam und erst das Dasein erobern wollte. Meine Schicksalsfahrten und ich hatten noch alles vor uns...“

Der Däne Velle hatte eine Schwester: „Stine Menschenkind“. Dieser Roman in fünf Teilen ist nicht nur der Großnachdem Roman von Velle, dem Eroberer, gleichgeordnet. Im ersten Teil in der Literatur gestaltet ein Dichter die Figur des proletarischen Weibes erschöpfend von Kindheit an! Und gerade diese Kindheit, dieses erste Kapitel ist es, das „Stine Menschenkind“ hoch hinaushebt über die Bücherproduktion der Zeit. Ähnliches hat nur Käthe Kollwitz geschaffen, die Literatur hat Schöneres und Menschlicheres nicht.

Wenn es zur Verabschiedung Andersen Nexøs, dessen Hauptwerke von der Büchergilde Gutenberg in einer stattlichen Volksausgabe herausgebracht werden, gesagt wurde, daß er in seinen Romanen und Novellen nie den Proletarier losließ, dann antwortete dieser mit frohem Stolz: „Die Geistesform des Proletariats ist unerschöpfend von der der höheren gesellschaftlichen. Das Individuelle ist nicht seine Sache — und auch nicht der Sozialismus, dem es oft genug zum Deckmantel dienen muß. Der kleine Mann baut seine geistige Kultur mehr auf Mitwissen als auf Selbstschauung; Mitwissen ist überhaupt das Herrschende bei ihm, sein Wesensmerkmal! Ich habe meinen reichen Anteil an diesem Mitwissen bekommen, und das ist meine Legitimation als Schriftsteller. Meine Fähigkeiten sind überhaupt die der Unterklasse, sie sind aus ihr hervorgegangen und gehören ihr an.“ Das ist die Sprache des modernen Arbeiters, der seit Nexøs großem Roman den Beinamen „Der Eroberer“ trägt. Er trägt ihn nicht mit heldischer Gebärde, aber mit dem Stolz und mit dem berechtigten Selbstbewußtsein dieses Velle, dieses internationalen Arbeiters, der seinen Freunden zuruft: „Genossen! Vielleicht werden wir hier das Neue nicht erleben, aber durch uns soll es einstmals zur Wirklichkeit werden!“ Erich P. n. u.

Menschlichkeit und Schönheit.

Ich habe eine kleine Holzschmiede in meinem Heime. Ein schönes Stück Kunstgewerbe. Keine Linien und edle Farbenharmonie. Doch kann ich mich des Gegenstandes wohl in reiner, ungetrübter Freude freuen?

Nein! — Denn aus der Not heraus wurde das kleine Werk geschaffen. Ein kampfgeübter Mann des Volkes fertigte es in seiner Zeit der Arbeitslosigkeit an. Wenn ich das Werk sehe, dann steht er mit seinen verhärmten Fingern vor meinem geistigen Auge. Dann sehe ich die Kinder mit bleichen Wangen, wie sie neben dem Vater stehen und ihn in seinem Schaffen betrachten. Wenn ich das schöne Werk betrachte, sehe ich die erbärmliche Not, und das Werk ist nicht schön, und ich kann mich des Wertes nicht freuen in reinem Fühlen.

Die Schönheit ist nur groß und edel, wenn sie aus sozialer Seele geworden ist. Nur wenn Freude das Werk begleitet, wird das Werk schön. Künstliche Gestaltung des Lebens hat keine Gestalt, das Leben zur Voraussetzung. Wenn reine Freude am Schönen wirken soll.

Aus Not sind die Werke geworden, die du um dich hast und täglich benutzt. Aus dem nüchternen Zwange der Existenz allein. Ohne Lust und Freude. Ja, der daß steht so oft an den Werken, deren du dich freuen müßtest. Und so oft die Verzweiflung.

Das Leben um dich herum stiert dich an, und du merkst nichts von diesen sozialen Fragegebilden des Lebens. Nur um des Lohnes willen wurde das alles gemacht. Weist doch das Brot nötig und die Kinder ihr Essen verlangen. Was du auch um dich hast und siehst, es ist das Spottbild der Wirtschaftsordnung, die die Arbeit in den Profitgedanken gepannt hat, die die Arbeit zum Dienst einer Klasse für die andere Klasse machte.

Vielleicht ist es gut, daß wir Menschen von heute noch nicht so das Probe fühlen von dem, das wir täglich als um uns haben und täglich benutzen. Sonst könnten wir schwer mühtig werden ob all des grauen Elends, das da uns anstarrt aus allem und selbst aus der Schönheit.

Dr. Gustav Hoffmann.

Literarisches.

Der Arbeits- und Dienstvertrag von Bürgermeister Friedrich Klees. 46 Seiten. Verlag Friedrich A. Wöde in Leipzig G. I. Scherlstraße 18. (Heft 17 von Wöde's Schulbüchern.) Einzelpreis 60 Pf., ab 1. August 1929 70 Pf. — In seiner bekannten gemeinverständlichen Darstellungsweise erläutert der Verfasser a. a. das Zustandekommen der Arbeits- und Dienstverträge, die Grundlagen, auf denen sie beruhen (zwingende Gesetzesbestimmungen, Tarifvorschriften, Arbeitsordnung, Vereinbarung im Einzel-Arbeitsvertrag, Direktionsrecht des Arbeitgebers), die Rechte und Pflichten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Zeugnisse und Arbeitspapiere. Es ist ein verdienstliches Unternehmen des bekannten Sozialpolitikers, durch Veröffentlichung in der weit verbreiteten und bestempfohlenen Sammlung von Wöde's Schulbüchern dieses wichtigste Gebiet des Arbeitsrechts für wenig Geld dem großen Interessentenkreis zugänglich zu machen. Wir wünschen dem Heft weiteste Verbreitung und machen noch besonders auf die Möglichkeit aufmerksam, durch Partiestellungen den Preis zu ermäßigen.

Ausgaufte.

ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bis- Mitglieder der Bahnhöfe West: Heinrich Borgmann, Buch-Nr. 851765, Eduard Gross, Buch-Nr. 851765, Ernst Meets, Buch-Nr. 546620, Max Grams, Buch-Nr. 870807, Hermann Wiese mann, Buch-Nr. 671962, Friedrich Meyer, Buch-Nr. 851889; ferner das frühere Mitglied der Bahnhöfe Westburg: Richard Teigel, Buch-Nr. 851889.

Arbeitsmarkt.

Gesucht werden sofort 2-3 tüchtige, perfekte Facettenschleifer. Nur Organisierte werden vermittelt. Angebote sind zu richten an den Arbeitsnachweis der Glaschleifer: August Simmig, Glaschleifer, Seebach bei Zürich, Düttlistr. 21, Schweiz. (81) Möbelleinrichter und Abzieher, perfekt in familiären vorkommenden Arbeiten der Tischzinnindustrie, sucht entsprechenden Wirkungsbeitrag. Bin vertraut in Anfertigung von Schreibmodellen und übernehme für harte Arbeit volle Garantie. Gute Zeugnisse sowie Referenzen stehen jederzeit zur Verfügung. Offerten unter: „S. 43“ an den Arr. Bund, Charlottenburg, Fraubergstr. 25, erbeten. Lebiger Möbelleinrichter und Abzieher, perfekt im Geisirt und Figuralen, sucht baldmöglichst Stellung. Anchriften unter „S. 46“ an den „S. B.“ erwünscht. Junger lebiger Formstecher, flotter Arbeiter, sucht Stellung. Anchriften sind unter „S. 47“ an den „S. B.“ erwünscht.

lebiger Glaschleifer sucht Stellung als Einrichter (hell). Suchender ist auch gut eingearbeitet auf Abziehen von Eden und Stengel, nimmt auch Stellung an auf übergeblassene und aufgetriebene Klammern. Angebote an den „Keramischen Bund“ unter „S. 48“ erwünscht.

Mehrere jüngere Kristallglaschleifer suchen per sofort geeignete Arbeitsplätze. Angebote an den Verband der Fabrikarbeiter: Zahlstelle D a r m s t a d t, Bismarckstr. 19.

Mehrere tüchtige Prehlasmacher mit Anfänger, perfekt in Kosten und Wirtschaftskontrollen, suchen für sofort oder später Stellung. Wohnung ist erwünscht. Offerten sind zu richten an Richard Scharf, Gräfenroda, Friedrichs Wirthshaus.

Leb. Glaschleifermeister mit einem Gehilfen (perfekt in famil. vorkommenden Arbeiten, Metallastischschliff, Mumentischschliff, Römer, sowie Leichtschliff und Abpolieren), sucht in Halle an veränderl. Angeb. an den „Keram. Bund“ unter (80) erbeten. Mobilleur, ledig, 18 Jahre alt, sucht baldmöglichst Stellung. Angebote an Ostler Eichhorn, Oberneubrunn, Post Unternehmen, in Kreis Hildburghausen, Thür.

Einige Prehlasmacher mit Gehilfen, ledig, suchen wegen Stilllegung eines Ofens baldmöglichst Stellung. Angebote sind zu senden an Arbeitsnachweis Bruno Schwelber, D a y e r s - w e r d a, D. - L., Langestr. 14.

2 junge, tüchtige, gelehrte Schleifer, im Schleifen von Geschirrporzellan erfahren, suchen baldmöglichst Stellung. Angebote an den Keramischen Bund, Waldenburg a. S., Schellen, Kuenstr. 20.

2 Kombagnisten, gut eingearbeitet auf Kollschleifen, Pulvergläser, Bombongläser und einflusses Gohlglas, suchen für sofort Stellung. Angebote an die Zahlstelle Weinmüller des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, Börlinger Str. 45.

Perfekter Porzellangeschleifer, vertraut mit allen Viehzeitarbeiten, sucht baldmöglichst Stellung. Suchender hat nur in Qualitätsfabriken gearbeitet. Wohnung erwünscht. Angebote erbeten an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. „Keramischer Bund“, in Lübeck, Johannisstraße 48.

2 tüchtige Glaschleifer, 23 und 26 Jahre alt, speziell eingearbeitet auf moderne Schiffe, Blumen, Kräfte und leichtere Tischgeschleiferarbeiten, suchen sofort oder später Stellung durch Arbeitsnachweis W n s l a u, Sorauerstraße 37.

Berlag: Hermann Gränzel, Charlottenburg, Brabeiter 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Reuninger, Charlottenburg, Brabeiter 2-5.

Druck: C. Janiszewski, Berlin SO 26, Elisabethufer 23/24.

Anteil der Löhne gegenüber dem bisherigen Verhältnis um weitere 5 Proz. außer der allgemeinen Lohnerhöhung eingetragen. Die bisherige Löhnerhöhung bei den Spitzenlöhnen beträgt 4 Pfg. in allen Tarifklassen für Arbeiter über 21 Jahre, und für Arbeiterinnen 3 Pfg. pro Stunde.

Im Rahmenvertrag ist der Urlaub erhöht, ebenso die Urlaubsberechtigungen für Arbeiter während des Urlaubs um etwa 15 Pfg. pro Stunde und Wochentag.

Der Lohnvertrag tritt am 27. 5. 29 in Kraft und läuft bis zum 13. 3. 30 mit wöchentlich Kündigung. Der Mantelvertrag tritt ebenfalls am 27. 5. 29 in Kraft.

Führende Organisation auf Arbeitnehmerseite ist der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. Keramischer Bund.

Der Tarif (Mantel- sowie Lohn-) umfaßt etwa 80 Betriebe mit ungefähr 4000 Beschäftigten.

Goldap i. Ostpr.

Seit Bestehen der ostpreussischen Ziegelschleifer-Industrie konnte man in Goldap nur einen Willen und zwar den der Unternehmerr. Gesetzliche Arbeitszeit, auskömmlich, 48 Stunden wöchentlich. Die Betriebsräte, das alles konnte man in diesen Betrieben nicht. Für meine Arbeiter ist die Sonne die maßgebende. Ich habe einmal ein Arbeiter- und Ziegelschleifer- und Ziegelschleifer machte sich auch die anderen Arbeiter an. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte es, als im Vorjahre der Verband der Fabrikarbeiter zu Verhandlungen zwecks Schaffung eines Tarifs für sämtliche Ziegelschleiferbetriebe überging. Die Verhandlungen lieferten wiederholt, aber endlich wurde der Tarifvertrag geschlossen. Sofort wurde die Arbeitszeit der Ziegelschleifer ein, nach wochenlangen Kämpfen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Winter war lang und so hatten diese Herren Zeit angedacht, wie sie diesem allem aus dem Wege gehen könnten. Auf eine hübsche Idee verfiel ein Herr Wegner, selbständiger Meister der Ziegelschleifer in Goldap.

Bei Aufnahme der Arbeit in diesem Jahre hielt er erst eine gute Probe unter den Arbeitenden. In der Mehrzahl waren es Arbeiter, auf die seine Wahl fiel. Um ganz sicher zu sein, machte er noch eine Liste unterzeichnen, wobei er auf Teilnahme verzichtete und mit den Löhnen, die der Unternehmer Wegner zahlte, zufrieden war. Herr Wegner war sehr glücklich und sprach: „Aber hat die Organisation nicht das letzte Wort gesprochen.“